Monatsspiegel

September 2021

SPD Erlangen

Adressaufkleber

„Dann doch noch Kanzler?“

Von Martina Stamm-Fibich
MdB

Leise und schon fast unbemerkt gewinnt die SPD an Zustimmung. Ohne Eklat und Negativbilder schleichen wir uns zu guten Aussichten. Während Annalena Baerbock schnell hochgejubelt wurde und nun nicht mehr weiter nach oben kommt, sammelt Armin Laschet Bilder für die Rubrik „So nicht“. Olaf Scholz dagegen hält sich gekonnt zurück, lässt die anderen streiten und verfolgt konsequent und effizient sein Ziel: Den Einzug ins Kanzleramt. Vor einigen Wochen wurde er für dieses Ziel noch belächelt. Jetzt reiben sich einige verwundert die Augen und beginnen neue Koalitionen auszurechnen.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben die Sozialdemokratie als politische und gesellschaftliche Kraft wiederentdeckt. Seit der letzten Wahl haben sich die Vorzeichen geändert. Seit eineinhalb Jahren fahren wir im Krisenmodus. Nicht nur die Corona-Pandemie, auch die Klimakrise machen deutlich, dass ein „Weiter so“ nicht funktionieren wird. Und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen klar: Ohne sozialen Ausgleich wird keine Krise bewältigt. In der Corona-Pandemie hat die SPD verhindert, dass Jens Spahn ungenügend geprüfte Schutzmasken an Menschen mit Behinderungen und Obdachlose verschachert. In das Klimaschutzgesetz hat die SPD hinein verhandelt, dass es Ausgleichsmechanismen für finanziell schwächere Menschen gibt. Wir wollen Klimaschutz. Aber wir wollen auch, dass ihn sich jeder leisten kann und niemand abgehängt wird.

Die Sozialdemokratie gleicht aus. Sie gleicht die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen aus. Sie sorgt für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt: Für Eltern und Kinderlose, für Menschen mit Behinderung und für Menschen mit Migrationshintergrund. Die SPD will den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Wir wollen, dass sich jeder eine Wohnung leisten kann. Und dass der Altenpfleger und die Krankenpflegerin von ihrem Gehalt leben können. Wir wollen, dass Unternehmen in Deutschland produzieren und damit Arbeitsplätze gesichert bleiben. Wir wollen eine moderne Familienpolitik, in der jede und jeder so leben kann, wie er oder sie es sich wünscht. Und wir wollen die Vorteile der Digitalisierung nutzen, um unser Land und unsere Gesellschaft zukunftsfest zu machen.

Ich durfte in den letzten acht Jahren als Abgeordnete des Deutschen Bundestages spannende und intensive Momente in der Politik erleben. Und ich habe gelernt, dass Demokratie Zeit braucht, damit aus einer guten Idee ein Gesetz wird, das Gutes bewirkt.

Als Gesundheitspolitikerin habe ich an einer Vielzahl von Gesetzen mitgewirkt. Gerade in der Corona-Pandemie war ich an vielen Entscheidungen, Debatten und Diskussionen beteiligt. Es waren emotionale Momente und ein ganz besonderer Ausnahmezustand. Parallel lief die politische Arbeit jenseits vom Krisenmanagement weiter. Als Patientenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion freue ich mich besonders, dass wir es geschafft haben die Patientenversorgung zu verbessern. Besonders am Herzen liegt mir die Reform der Unabhängigen Patientenberatung Deutschlands, die in der nächsten Legislatur als unabhängige Stiftung neu aufgestellt werden soll. Dafür haben wir in den vergangenen Wochen noch die rechtliche

Fortsetzung auf Seite 3

02.09.	18:00	AK SozTrafo	digital	S. 27
08.09.	15:00	AG 60+: Sitzung	Thalermühle	S. 24
08.09.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 22
14.09.	19:30	Distrikt Frauenaurach: Jahreshauptversammlung	Bürgerhaus Kriegenbrunn	S. 19
14.09.		Jusos: Sitzung	digital	S. 27
14.09.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 20
15.09.	19:30	AK gegen Rechts	digital	S. 27
15.09.	20:00	Distrikt Süd: Jahreshauptversammlung	Bürgertreff Berliner Platz	S. 21
21.09.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Brückenpaulus	S. 20
28.09.		Jusos: Sitzung	digital	S. 27
29.09.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S.24
30.09.	19:30	Kreismitgliederversammlung	Spielvereiniggung Erlangen	S. 3

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag bis
Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch geshlossen
Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Munib Agha, Stefan Barth, Monika Fath-Kelling, Mark Schuster, Martina Stamm-Fibich, Felizitas Traub-Eichhorn

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Grundlage geschaffen. Wir haben ein Krebsregister eingeführt, das es ermöglicht, Daten aus den Landeskrebsregistern zusammenzuführen. Das bedeutet einen ganz wesentlichen Sprung für die Forschung. Und in der Konsequenz eine bessere Versorgung von Krebspatientinnen und -patienten. Seit dem 1. März 2020 besteht in Deutschland eine Pflicht zur Masernimpfung. Wie wichtig, schützend und lebensrettend eine Impfung sein kann, das zeigt uns gerade jetzt die Covid-19-Pandemie. Ohne Impfung gegen Covid-19 reiten wir von Welle zu Welle und von Lockdown zu Lockdown und erschrecken angesichts hoher Todeszahlen.

Längst überfällig war auch die Reform der Pflege, die wir in der zurückliegenden Legislatur angegangen sind. Leider mit Gesundheitsminister Jens Spahn nur sehr zögerlich und aus unserer Sicht nicht ausreichend. Die SPD setzt sich seit langem für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ein. Wir wollen eine solidarische Pflegebürgerversicherung. Mit der Union war das nicht zu machen. Jens Spahn startete zunächst eine Dialogtour. Im Herbst 2020 kündigte er dann eine Pflegereform an, legte im März 2021 aber nur einen Arbeitsentwurf vor. Nur auf Druck von Hubertus Heil und Olaf Scholz ist Spahn am Ende überhaupt tätig geworden. Angehängt an das Gesetzgebungsverfahren zum Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz wurden dann doch noch wichtige erste Schritte eingeleitet.

- Wir entlasten stationär versorgte Pflegebedürftige, indem wir die Eigenanteile an den Kosten im Laufe der Verweildauer senken. Das ist ein erster Schritt, geht uns aber nicht weit genug. Wir wollen eine echte Deckelung, das heißt fest begrenzte Eigenanteile. Alle Mehrkosten muss die Pflegeversicherung übernehmen.
- Wir stärken die Tarifbindung in der Pflege. Die tarifliche Entlohnung ist künftig Voraussetzung für die Zulassung von Pflegeeinrichtungen zur Versorgung.
- Die GKV beteiligt sich künftig pauschal an den Kosten für die Medizinische Behandlungspflege. Unsere Forderung geht weiter: Wir wollen, dass die gesamte Medizinische Behandlungspflege von der GKV übernommen wird.
- Wir heben die Leistungsbeträge für Pflegesachleistungen an. Das ist ein guter Anfang. Wir wollen aber die Anhebung aller Leistungsbeträge und eine regelmäßige Anpassung der Beträge.
- Wir stärken die Kurzzeitpflege.
- Wir setzen ein bundeseinheitliches Personalbemessungsverfahren um, das dafür sorgt, dass mehr Pflegefachkräfte eingesetzt werden können und künftig ein bundeseinheitlicher Personalschlüssel gilt.

Neben Patientenrechten, Forschung und Pflege haben wir eine weitere ganz wesentliche Sache für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erreicht: Die Wiederherstellung der Beitragsparität in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Das ist aber nur der allererste Schritt. Unser eigentliches Ziel ist eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems, weg von der Zweiklassenmedizin, die zwischen privat und gesetzlich Versicherten unterscheidet. Die SPD möchte eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle Versicherten einzahlen. Und die allen Versicherten eine gleich gute Versorgung ermöglicht. Wer darüber hinaus die Chefarztbehandlung oder das Einzelzimmer im Krankenhaus wünscht, der kann sich auch in Zukunft zusätzlich privat versichern. Neben der faktischen Ungleichbehandlung in der Versorgung habe ich in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Fälle gesehen, in denen das zweigliedrige System zu Problemen für die Versicherten führt. Etwa dann, wenn sich privat Versicherte ihre Beiträge zur privaten Krankenversicherung nicht mehr leisten können oder beim Kinderkrankengeld leer ausgehen. Wenn wir hier nichts ändern, droht der Kollaps unseres Versicherungssystems. Die Union ist in dieser Frage auf beiden Ohren taub. Für sie ist die PKV anscheinend so etwas wie ein Status Symbol, das es zu bewahren gilt.

Die Bürgerversicherung steht für mich sinnbildlich für das, was sozialdemokratische Politik ausmacht: Der soziale Ausgleich. Unser Credo ist nicht: Jeder ist sich selbst der Nächste. Unser Anspruch ist der Zusammenhalt, das Miteinander, das Einstehen füreinander. Inmitten der Corona-Pandemie und der Klimakrise sind diese Werte besonders bedeutend, damit die Gesellschaft sich nicht spaltet und wir die besonders von der Krise Betroffenen nicht vergessen. Deshalb brauchen wir Olaf Scholz als Kanzler. Ein sozialdemokratischer Fels in der Brandung, der zwischen den gesellschaftlichen Lagern vermittelt und mit leisen Tönen effizient seine Arbeit macht.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 30. September 2021, 19:30 Uhr
in der Spielvereinigung Erlangen
(Kurt-Schumacher-Straße 11)

Das Schwerpunktthema ist erwartungsgemäß der Ausgang der Bundestagswahl. Wir werden gemeinsam die Ergebnisse analysieren und über mögliche Koalitionsoptionen diskutieren und ob und wie wir uns dazu positionieren wollen.

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Schwerpunktthema: Ausgang der Bundestagswahlen
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Sandra Radue Munib Agha

Neuer Vorstand der Erlanger SPD

Corona-bedingt auf der Tribüne haben eine neue Führung gewählt: Sandra Radue und Munib Agha führen unsere Partei künftig als Doppelspitze.

Die Mitgliederversammlung hatte zuvor eine entsprechende Satzungsänderung beschlossen. Die 49-jährige Lehrerin wurde ohne Gegenkandidatin mit 93 Prozent der Stimmen gewählt, Munib Agha, 32-jähriger Mathematiker, setzte sich mit 53 Prozent gegen Volker Lang durch, der später zum Referenten für Arbeitnehmerfragen im Kreisvorstand gewählt wurde.

Radue und Agha treten die Nachfolge von Dieter Rosner an, der nach zwölf Jahren im Amt nicht wieder kandidiert hatte. „Dieter Rosner hat in seiner Amtszeit die Erlanger SPD zusammengeführt und war gleichzeitig Motor für viele inhaltliche Debatten“, würdigte Oberbürgermeister Florian Janik den scheidenden Parteivorsitzenden: „Damit ist er auch zum Architekten der Wahlerfolge 2014 und 2020 geworden. Denn er hat unsere Kampagnen wesentlich konzipiert und die Teams hinter den Wahlkämpfen mit viel Einsatz geführt.“

Die beiden neuen Vorsitzenden wollen diese Arbeit von Dieter Rosner fortführen, aber auch neue Akzente setzen.

„Die SPD war und ist eine Partei lebendiger Debatten. Diese Diskussionskultur müssen wir auch nach außen tragen. Wir müssen noch intensiver mit den Menschen in den Dialog treten, um sie für unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit zu begeistern“, führte Sandra Radue in ihrer Bewerbungsrede aus. Aber auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Oberbürgermeister, Fraktion und Partei seien Garant für die Glaubwürdigkeit der SPD.

„Hier setzen wir seit 2014 konsequent um, was wir den Menschen im Wahlkampf versprochen haben,“ betonte die Stadträtin weiterhin.

Munib Agha ergänzte politische Schwerpunkte: „Wir müssen den Klimawandel soweit es geht aufhalten. Das geht nur gemeinsam – für alle tragbar und sozial abgefedert. Auf kommunaler Ebene zeigen wir bereits in vielen Bereichen wie das geht, wie zum Beispiel mit dem ErlangenPass. Für uns Sozialdemokrat*innen sind Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch. Denn wir erkennen die sozial-ökologische Transformation als Chance, um gut bezahlte, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen.“

Die engere Parteiführung komplettieren Lisa Kaufmann und Philipp Dees, die mit 88 bzw. 95 Prozent zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden. Weitere Vorstandsmitglieder sind Günter Laurer (Finanzen), Eda Simsek (Presse), Katrin Hurle (Schriftführung), Katharina Ullmann (Monatsspiegel), Mark Schuster (Organisation), Volker Lang (Arbeitnehmer), Felix Klingert (Schulung), Helmut Aichele (Frieden) und Damjana Kapetanovic (Migration). Außerdem gehören dem Vorstand die Vertreter*innen der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften an.

Vorfahrt für den Ausbau des ÖPNV

Von Munib Agha
Kreisvorsitzender

Statt auf einen kostenlosen ÖPNV setzen wir auf günstigere Tarife für materiell benachteiligte und auf den Ausbau der Infrastruktur. Weshalb das in Sachen Verkehrswende die bessere Strategie ist, versuche ich im Folgenden zu erläutern:

Seit gut 7 Jahren gestaltet die SPD in Erlangen nun die Kommunalpolitik und konnte dabei beim Busverkehr einiges erreichen. Auch dieses Jahr wieder mehrere Verbesserungen im Stadtrat beschlossen.

Zum nächsten Fahrplanwechsel wird der Busverkehr in großen Teilen der Erlanger Innenstadt kostenfrei! Grundstein hierfür ist die die Kliniklinie, die dann im Jahr 2023 zur City-Linie erweitert wird. Alle Buslinien werden dann an diesen Haltestellen entlang kostenlos sein. Das steigert die Attraktivität der Innenstadt und stellt darüber hinaus auch eine inklusionspolitische Maßnahme dar. Es erleichtert Senior:innen das Fortbewegen in der Stadt. Auch das ZSL (Zentrum Selbstbestimmtes Leben Behinderter) liegt im Bereich der kostenlosen Innenstadtzone und profitiert.

Seit dem 1. Juli dieses Jahres gilt übrigens für ErlangenPass-Inhaber:innen nur noch der halbe Preis für Bustickets. Zum Beispiel kostet das 9-Uhr-Abo damit nur noch 12,70 Euro im Monat, das 4er-Ticket nur noch 4,10 Euro. Das sind pro Einzelfahrt dann weniger als 1,05 Euro.

So große Sympathie ich damit hätte den kostenlosen Busverkehr auf die gesamte Stadt auszuweiten, ist das aus meiner Sicht nicht der erste, und auch nicht der zweite oder dritte Schritt, den wir gehen sollten, wenn wir den ÖPNV im Sinne einer Verkehrswende, also vom motorisierten Individualverkehr (MIV) hin zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), gestalten wollen.

Etliche Studien zeigen, dass das Senken der Preise für die Bustickets nicht die Auswirkung auf den Anstieg der Fahrgastzahlen hat, wie man im Allgemeinen vermutet. Ähnliches konnte man auch beim 365-Euro-Ticket in Wien beobachten. Die Fahrgastzahlen sind primär nicht wegen der Einführung dieses Preises so stark gestiegen, sondern weil man zeitgleich die Infrastruktur massiv ausgebaut hat und das Parken verteuert und verknappt hat.

Schwerpunkt kommunaler ÖPNV-Politik liegt aus meiner Sicht deswegen bei der Ausweitung der Infrastruktur. Mit dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) wurde ja schon einiges erreicht. U.a. wurden (neben der Kliniklinie jetzt) einige neue Buslinien eingeführt. Mit dem Landkreis ERH wird es jetzt einen zusätzlichen VEP geben, um auch für die Landkreisbewohner:innen den ÖPNV attraktiver zu machen. Ziel muss es nämlich sein, dass möglichst viele eben nicht mehr mit dem Auto in die Stadt fahren, sondern mit dem Bus, der Bahn und dann eben mit der StUB.

Diese Vorgehensweise ist übrigens im Einklang mit den Forderungern der Expert:innen des VCDs (https://www.vcd.org/oepnv/). Sie fordern keinen kostenlosen ÖPNV, sondern einen der für alle bezahlbar ist. Mit der Einführung des ErlangenPasses haben wir für Sozialleistungsempfänger:innen die Ticketpreise deutlich gesenkt.

Genau so wie der VCD sind wir aber auch der Meinung, dass das Busfahren auch für die günstiger werden muss, die wenig verdienen, aber kein Recht auf den ErlangenPass haben, weil sie nicht sozialleistungsberechtigt sind.

Eine zentrale Forderung der SPD im Kommunalwahlkampf war deswegen die Einführung des ErlangenPass-Plus von dem eben diese Menschen profitieren sollen. Das Sozialreferat erarbeitet momentan dazu das Konzept. Der ErlangenPass-Plus wird dann wahrscheinlich kommendes Jahr eingeführt.

Alles was preispolitisch darüber hinaus geht muss das Land oder der Bund finanzieren (im Übrigen ich der Meinung, dass es Landessozial bzw. sogar Bundesozialtickets geben muss https://www.vcd.org/artikel/sozialtickets/).

Da an dieser Stelle dann häufig gefragt wird, was die SPD im Bundestag in Sachen ÖPNV-Politik gemacht hat: Sie hat sich dafür eingesetzt, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz reformiert wird und dass Kommunen dadurch mehr Geld für den Ausbau des ÖPNVs bekommen. Durch diese Reform wird konkret für uns vor Ort der Bau der StUB deutlich günstiger!

Und nochmal zur Finanzierung eines kostenlosen ÖPNVs:

In der Mai-Stadtratssitzung als es um die ÖPNV-Preise ging, wurde von einigen Stadtratsmitgliedern behauptet die Einführung des kostenlosen ÖPNVs bundesweit würde nur 18 Milliarden Euro kosten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das ja in der Tat keine hohe Summe. Aber mobilisiere erstmal 18 Milliarden Euro für eine rein kommunale Verwendung! Auf Erlangen runtergerechnet würden von diesem Geld

mindestens 18 Millionen (eher mehr) ankommen. Aus meiner Sicht gibt es aber mehrere Maßnahmen, die man zuerst finanzieren müsste, bevor man an einen kostenlosen ÖPNV denke:

- Egal ob auf kommunaler Ebene, Landes- oder Bundesebene: Beim öffentlichen Dienst herrscht Mangelverwaltung, weil es zu wenig Personal hat. Wir könnten das Geld nutzen, um endlich die Stellen zu schaffen, die für die Aufrechterhaltung und dem Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge nötig sind. In der Sozial-, Klimaschutz, Städtebau- und Verkehrspolitik.
- Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst insbesondere in den unteren Tarifgruppen. Es fällt uns immer schwerer in diesem Bereich Personal zu finden. Das gilt übrigens auch für Busfahrer:innen. Wenn wir mehr Busse fahren lassen wollen, brauchen wir auch mehr Busfahrer:innen. Dafür muss der Beruf (u.a. auch durch ein höheres Gehalt) attraktiver gestaltet werden.
- Die Rekommunalisierung der Reinigungsdienste
- Dozent:innen, die auf Honorarkraftbasis angestellt sind in ein festes Angestelltenverhältnis überführen.

Das sind längst nicht alle Punkte, die man angehen müsste und auch für die Punkte würden die 18 Millionen vermutlich auch nicht ausreichen. Aus den oben genannten Gründen halte ich deswegen zum momentanen Zeitpunkt einen kostenlosen ÖPNV nicht für prioritär und den von uns eingeschlagenen Weg in der Verkehrspolitik für den richtigen.

Entsorgung von Zigarettenkippen

Von Stefan Barth

Ein Team vom SPD-Distrikt West, hat wieder Zigarettenkippen gesammelt, diesmal am Rudelt-Platz (siehe Anhang). Zur Info haben wir Plakatständer aufgestellt und einen kleinen Flyer verteilt. Auf dem Bild ist zu sehen wieviel Kippen gesammelt wurden. Viel Kippen haben Raucher im Bereich der Baumscheiben entsorgt, so dass die Giftstoffe, Arsen, Schwermetalle, wie Cadmium, Blei und natürlich Nikotin bei Regen direkt in den Erdboden und so ins Grundwasser eindringen können. Leider sind diese Giftstoffe auch schon im Trinkwasser nachgewiesen.

Auch auf Spielplätzen, neben Parkbänken, an der Straßenecke, an Bushaltestellen: Achtlos weggeworfene Zigarettenkippen sind nicht nur hässlich, sondern auch eine Belastung für die Umwelt

Weltweit entstehen 5,6 Billionen Zigarettenkippen davon landen etwa 80% in der Natur. Über das Wasser gelangen die Giftstoffe in die Nahrungskette. Zigarettenkippen sind giftig und somit Sondermüll. Sondermüll über den Restmüll zu entsorgen ist nicht besonders nachhaltig. Auch die 20 % Zigarettenkippen die „ordnungsgemäß“ in den Restmüll gelangen, sind weiterhin schädlich. Über den Umweg der Verbrennung entstehen schädliche Emissionen, die wir alle einatmen. Das sollte man dem Amt für Abfallberatung der Stadt Erlangen klarmachen. Unklar ist weiterhin was mit den Zigarettenkippen geschieht, die aus Bequemlichkeit neben den öffentlichen Aschenbecher landen.

Doch es gibt einen Weg, wie man Zigarettenkippen nachhaltig entsorgen kann: Tobacycle – das Sammelsystem für Zigarettenkippen – hat die Lösungen um Zigarettenkippen direkt nach dem Rauchvorgang zu separieren und zu sammeln.

Nach dem Sammeln werden die Zigarettenkippen von Tobacycle restlos verwertet – also inklusive Asche und Giftstoffen!

Tobacycle recycelt zu einem spritzfähigen Granulat und stellt hieraus die Behälter für das Sammelsystem her. Alle hergestellten Produkte können wieder vollständig in die Verwertung gegeben werden. Somit entsteht ein geschlossener Wertstoffkreislauf.

Das duale System von Tobacycle holt den Giftstoff Zigarettenkippe aus der Umwelt, macht etwas Nutzbares daraus und löst damit eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit.

Für das Gelingen dieser Aufgabe benötigen Tobacycle unsere Mithilfe für den Dreisprung

Separieren & Sammeln & Spenden von Zigarettenkippen:

- Raucher werfen ihre Zigarettenkippen nicht mehr weg, sondern separieren und spenden an Tobacycle über öffentliche Annahmestellen
- Lokale und Gaststätten sammeln die anfallenden Zigarettenkippen ihrer Gäste und lassen sie kostenlos von Tobacycle abholen
- Unternehmen spenden die Zigarettenkippen aus den Aschenbechern der Raucherplätze und lassen diese kostenlos von Tobacycle abholen.
- Ladengeschäfte, Gaststätten, Unternehmen, Vereine werden zu einer öffentlichen Annahmestelle für Zigarettenkippen
- Städte und Gemeinden spenden ihre Zigarettenkippen aus den öffentlichen Aschenbechern

Wir gratulieren zum Geburtstag

Aus redaktionellen Gründen können wir in dieser Ausgabe den Geburtstagskindern leider nicht namentlich gratulieren.

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im September Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- Veranstalter halten ihren Untergrund mit PETYC Kippenröhrchen oder TABYC den recycelten Dreh-Ascher sauber von Tobacycle

TobaCycle-Vorstand Mario Merella leitet den Verein. Wir können auch gerne Mitglied bei Tobacycle n.e.V. werden oder den gemeinnützigen Verein mit einer Spende unterstützen.

In Dänemark hat man das Problem mit den Zigarettenkippen auch erkannt und das Institut für Robotic in der Stadt Aarhus hat einen Roboter entwickelt der Zigarettenkippen einsammelt. Damit will die Stadt ihre Straßen und Plätze sauber halten.

Den Anfang müsste allerdings das Amt für Abfallberatung der Stadt Erlangen machen, weil dort die größte Menge an Zigarettenkippen aus den öffentlichen Aschenbechern anfallen werden.

Und was soll man mit Rauchern machen, die trotz dieser Möglichkeiten, aus Bequemlichkeit, ihre Zigarettenkippe in der Umwelt entsorgen? Da hilft leider nur ein Bußgeld, wie bereits in vielen Städten Deutschlands. Hier einige Beispiele:

Das achtlose Wegwerfen einer Zigarette ist eine Ordnungswidrigkeit. Das Delikt hat sogar einen Namen: Unzulässige Abfallentsorgung! Die dagegen verhängten Bußgelder variieren stark je nachdem, wo die Kippe landet. In Berlin kostet eine weggeworfene Zigarettenkippe inzwischen 120 Euro. Wir haben uns einmal umgehört, wie teuer es für Raucher werden kann. Wer seinen Zigarettenstummel einfach auf den Bürgersteig schnippt, riskiert zum Beispiel in Köln ein Verwarngeld in Höhe von 50 Euro. Dieses Verwarngeld wird häufiger fällig als gemeinhin angenommen. In der Rheinmetropole wachen nämlich tagein, tagaus zahlreiche Ermittler des Ordnungsdienstes darüber, dass das Abfallgesetz eingehalten wird.

Die Verwarn- und Bußgelder sind allerdings nicht überall einheitlich geregelt. Jede Stadt oder Kommune legt das selber fest. Die Höhe des Bußgeldes hängt maßgeblich davon ab, wie groß ein Müllproblem in einer Stadt ist. Wie hoch die Geldstrafe letztendlich im Einzelfall ausfällt, entscheiden aber auch die Beamten des Ordnungsamts in einem gewissen Rahmen selbst. Je nachdem, wie sich der Erwischte verhält, kann die Strafe aber auch steigen – in Köln zum Beispiel auf 100 Euro. Einsicht und Freundlichkeit dagegen können womöglich dafür sorgen, dass die Strafe etwas geringer ausfällt.

Das Umweltministerium NRW hat im Juni 2019 einen neuen Bußgeldkatalog für den Bereich Abfall veröffentlicht, in dem die Bußgelder rigoros erhöht wurden. Für das Kippenschnippsen wird seitdem ein Bußgeld von 100 Euro empfohlen. Aber dabei handelt es sich nur um Vorschläge. Die Gemeinden bleiben bei der Festlegung der Bußgelder autark.

Einige Städte in NRW sind allerdings bereits dem Vorschlag der Landesregierung gefolgt und haben die Bußgelder erhöht: In Dortmund kostet eine achtlos entsorgte Kippe inzwischen 50 Euro und Essen hat das Bußgeld sogar auf die empfohlenen 100 Euro angehoben.

Günstiger kommen Umweltsünder noch in Düsseldorf, Hannover und Dresden mit 10 Euro weg. In Nürnberg wird es mit 20 Euro schon etwas teurer. In Hamburg und München kostet das Kippenschnippsen 55 Euro und in Stuttgart sind es 75 Euro. Und in Berlin wurde gerade auf 120 Euro erhöht.

Wer die Zigarettenkippe aus dem fahrenden Auto auf die Straße schnippt, macht sich der unzulässigen Abfallentsorgung natürlich genauso strafbar.

Längst gibt es in Bayern, Brandenburg und dem Saarland landesweite Rauchverbote auf Spielplätzen. Andernorts kann zumindest das Entsorgen von Zigarettenkippen auf dem Spielplatz richtig teuer werden: So sind in Köln etwa seit diesem Jahr 150 Euro Bußgeld fällig!

Bei herrschender Waldbrandgefahr in heißen Sommern wird gegen Kippenschnippser hart durchgegriffen. Das Rauchverbot im Wald wird intensiv überwacht, denn schon kleine Glutreste einer Zigarette reichen aus, um einen Waldbrand zu entfachen. Eine achtlose Entsorgung von Zigarettenkippen kann laut eines Kreiswaldbrandschutzbeauftragten bis zu 25.000 Euro kosten. In Deutschland entstehen die meisten Waldbrände durch fahrlässiges Handeln von Menschen, nicht durch Naturkatastrophen.

Stefan Barth - auch im fortgeschrittenen Alter noch im Wahlkampf aktiv

So sieht gelebte Solidarität aus: Unser Genosse Stefan Barth ist mittlerweile über 80 Jahre alt. Doch er packt immer wieder tatkräftig mit an. Ob es das Austeilen der Flyer in der Reuth ist oder, wie auf dem Bild, das Abkratzen von alten Plakaten - auf Stefan ist Verlass. Ein ganz großes Dankeschön dafür!

Sei auch du eine Stimme für die Sozialdemokratie!

Aufruf zur Infostandbesetzung und Plakatpatenschaften

Liebe Genossinnen und Genossen,
es sind nur noch wenige Tage bis zur Bundestagswahl am 26. September. Lasst uns gemeinsam in den Endspurt gehen und so viele Mitbürgerinnen und

Mitbürger von unserer Vision überzeugen. Ganz konkret bitte ich euch um Unterstützung bei der Infostandbesetzung sowie der Übernahme von Patenschaften für unsere Plakatständer.

Seit August finden jeden Samstag unsere Infostände in der Fußgängerzone statt. Wir gehen nicht nur Corona-konform vor, sondern sind auch äußerst kreativ. So fragen wir die Bürger:innen mittels Bodenzeitung bzw. Votierungssystem nach ihrer Meinung und sind auch als wandelnde Litfaßsäule in der Fußgängerzone unterwegs.

Wir freuen uns über jede:n Genoss:in und jede Stunde Unterstützung am Infostand!
Trag dich doch zur besseren Übersicht/Planung mit Vor- und Nachnamen in folgenden Doodle ein: kurzelinks.de/sz39

An über 100 Standorten stehen unsere Plakate im gesamten Stadtgebiet. Ein großes Dankeschön geht an alle Helfer:innen, die uns sowohl bei der Vorbereitung als auch der Umsetzung der Plakatierung unterstützt haben.*
Damit diese Ständer auch bis zum Ende des Wahlkampfs in Schuss bleiben, benötigen wir deine Hilfe gegen Vandalismus - werde Plakatpatin/Plakatpate!
Du möchtest uns unterstützen? Dann schreib eine Mail an organisation@spd-erlangen.de oder ruf in der Kreisgeschäftsstelle an (09131 812 65 22) und teil uns deinen Distrikt mit, damit wir dir potentielle Standorte vorschlagen können. Gerne kannst du uns auch deinen präferierten Plakatständer mitteilen. Wir stellen dir im Gegenzug Plakate, Kleister und Kabelbinder zur Verfügung, sodass du bei Bedarf direkt loslegen kannst.
Ich danke dir für deine Unterstützung!
Solidarische Grüße
Mark Schuster
Organisationsreferent

*Vielen Dank an Stefan Barth, Alexandra Bocsa, Wolfgang Eichhorn, Fynn Geifes, Martina Haase, Niklas Hauer, Katrin Hurle, Lisbeth Jarosch, Lisa Kaufmann, Christoph Kosog, Johanna Pfister, Julia Milicevic, Martin Prokopek, Tobias Raczok, Klaus Seitz, Felizitas Traub-Eichhorn, Sophia Waldmann & Jennifer Wolpensinger

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion

Das Theatercafé bleibt: Schonender Brandschutz für die „Garage“

Soll das beliebte Theatercafé geschlossen werden? Dieses Gerücht hat im Frühsommer einigen Wirbel ausgelöst und zahlreiche Bürger:innen so besorgt gestimmt, dass sie mit einer Unterschriftensammlung für den Erhalt des Cafés warben. Dabei war dieser traditionelle Kult-Ort, der in einmaliger Weise Kunstschaffende und Publikum an einen Tisch bringt und eine feste Größe im (sozio-)kulturellen Leben der Altstadt ist, eigentlich gar nicht so gefährdet, wie die Medienberichterstattung viele befürchten ließ – und mit Stadtratsbeschluss vom 24. Juni wurde dies nun auch festgelegt.

Der Hintergrund: Der gemeinsame Eingangsbereich des Cafés mit dem benachbarten „Theater in der Garage“, mit dem es in den 70er Jahren gemeinsam entstanden ist und lange Zeit eine Einheit bildete, kann nicht so bleiben, wie er ist – das fordert der Brandschutz. Ein externes Gutachten im Auftrag der Verwaltung besagt, dass im Haus mehrere Umbaumaßnahmen nötig sind. Zwei sind besonders eingreifend: Ein neuer Fluchtweg muss her, und aus der von Glaswänden umgebenen „Engstelle“ am Eingang müssen potenzielle Brandlasten wie Kasse und Garderobe verschwinden.

Das Kulturreferat, das Theater und das städtische Gebäudemanagement haben daher vier verschiedene Umbau-Szenarien erarbeitet. Das radikalste davon hätte bedeutet, das Café aufzugeben und seine Fläche teils als größeres neues Foyer, teils als Lagerraum zu nutzen. Diese Variante empfahl die Verwaltung nicht – und sie kam auch für die SPD-Fraktion sowie für Kulturreferentin Anke Steinert-Neuwirth und für OB Florian Janik nie in Frage. Die bessere Lösung: Ein neu durch die Wand zu brechender Notausgang führt direkt vom Theater auf die Straße, und im Eingangsbereich verschwindet die Glaswand, so dass Platz für eine neue, brandsichere Anordnung von Garderobe und Kasse frei wird. Dieser Kompromiss bedeutet freilich für das Theater den Verlust von 13 Sitzplätzen und für das Café, dass sein Betrieb wieder so eng mit dem des Theaters verschmilzt wie einst vor Errichtung der Glaswand.

Im Kultur- und Freizeitausschuss (KFA) am 18. Mai hat die SPD sich klar für diese Variante eingesetzt. Auch der Kooperationspartner CSU sprach sich dafür aus – so dass eine Mehrheit gesichert war. Für eine Schließung des Cafés plädierten dagegen die Grünen und die FDP. Da der Beschluss zunächst vertagt wurde, entstand bei einigen Bürger:innen ein falscher Eindruck. Im Stadtrat aber fand sich schließlich eine klare Mehrheit für die Variante, die das Café erhält – weil diese Variante, so der SPD-Sprecher für Soziokultur Clemens Heydenreich, „keine Türen für die Zukunft unwiederbringlich zuschlägt und es sogar erzwingt, Café und Spielstätte wieder zusammenzudenken – im Sinne der organischen Einheit, die sie einmal waren.“ Diese „Mischzone“ könne „beide Akteure produktiv dazu zwingen, sich neu zu erfinden und neue/alte Synergien zu schaffen“ – auch zum Wohle der Altstadt.

Von Clemens Heydenreich

Beim Stadtteilhaus West geht’s voran! - Baubeginn 2023

Im Juli hat der Stadtrat die sogenannte „Vorentwurfsplanung“ für das Stadtteilhaus West beschlossen. Damit ist das neue Zentrum am Rudeltplatz wieder einen wichtigen Schritt vorangekommen.

Entstehen soll nun ein offenes Haus, in dem es viel Platz für Begegnungen und Zu-sammenarbeit gibt. Die Stadtteilbibliothek wird über das ganze Haus verteilt zum Lesen anregen. Daneben gibt es einen Saal und verschiedene Gruppenräume. Im Sinne des Klimaschutzes erhält das Haus einen möglichst hohen Energiestandard, die Dachfläche wird komplett für Photovoltaik genutzt werden.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat sich seit langem für das Stadtteilhaus eingesetzt und hatte immer wieder auf einen früheren Baubeginn gedrängt.

„Umso zufriedener sind wir nun, dass es jetzt zügig vorangeht. Dabei hat sich die um-fangreiche Bürgerbeteiligung gelohnt: Denn damit ist es gelungen, eine ganz neue Art von Stadtteilhaus zu entwerfen, von dem viele Impulse für Büchenbach ausgehen wer-den“, erklärt Philipp Dees, stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Auf die Vorentwurfsplanung folgt nun die Entwurfsplanung, die bis Frühjahr 2022 abge-schlossen werden soll. Danach erfolgen die Auftragsvergaben. Baubeginn soll im Früh-jahr 2023 sein, 2025 kann das Stadtteilhaus dann eröffnet werden.

Von Philipp Dees

Unterstützung für die jüdische Kultusgemeinde

Einstimmig hat der Stadtrat beschlossen, die jüdische Kultusgemeinde bei ihrer Suche nach einem neuen, dauerhaften Standort für Synagoge und Gemeindezentrum zu un-terstützen.

Darüber hinaus wollen Stadtspitze und Stadtpolitik die jüdische Gemeinde auch beim Einwerben von Spenden zur Finanzierung des Vorhabens unterstützen.

„Für die SPD-Stadtratsfraktion wäre ein dauerhaftes Gemeindezentrum – bisher befindet sich die Gemeinde in gemieteten Räumen – ein wichtiges Signal für die Bedeutung jüdi-schen Lebens als Teil der Stadtgesellschaft. Dies ist angesichts des zunehmenden Antisemitismus umso wichtiger. Deshalb beteiligen wir uns an den Aufrufen zur Unterstüt-zung der Gemeinde“, erklärt SPD-Sprecher José Luis Ortega.

Wenn auch Sie die jüdische Kultusgemeinde unterstützen möchten: Die Gemeinde freut sich über Ihre Spende.

Kontoinhaber: Jüdische Kultusgemeinde Erlangen

IBAN: DE31 7635 0000 0060 1209 13

Verwendungszweck: Erste eigene Synagoge

Klima-Aufbruch kommt voran

Der aufgrund des Klimanotstands beschlossene Klima-Aufbruch zur Erreichung der Kli-maneutralität vor 2030 kommt weiter voran.

Nach den Sofortmaßnahmen, die zusätzlich zu den schon laufenden, in Angriff genom-men wurden, haben wir

nun die Ausschreibung des Fahrplans Klima-Aufbruch verge-ben. Der Auftrag sieht einen Maßnahmenkatalog zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels mit be-gleitender Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung sowie die Konzeptionierung und Einführung eines Klimahaushalts vor.
Ebenso wurde ein Lenkungskreis für das Projekt Klima-Aufbruch eingerichtet. Die Lei-tung ist bei diesem entscheidendem Thema Chefsache: Den Vorsitz übernimmt daher unser Oberbürgermeister Florian Janik (SPD). Vertretung ist die Umweltreferentin. Dem Leitungskreis gehören zudem der 2. Bürgermeister, der Planungsreferent, die ESTW so-wie die klimapolitischen Sprecher*innen der Fraktionen an. Die SPD-Fraktion ist hierbei durch ihren Sprecher für Klimaschutz, Umwelt und Energie sowie Verkehr, Andreas Richter, vertreten.
Selbstverständlich wird auch die Zivilgesellschaft, insbesondere der Nachhaltigkeitsbei-rat mit den vielen im Klimaschutzbereich engagierten Verbänden und Initiativen eingebunden. Daher werden bei Bedarf auch Vertreter*innen aus dem Nachhaltigkeitsbeirat oder auch andere Expert*innen oder Vertretungen weiterer Organisationen eingeladen.
Auch in der konkreten Umsetzung geht es natürlich schon weiter. So haben wir nun die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft für Photovoltaik-Freiflächenanlagen durch die ESTW zusammen mit anderen Stadtwerken der Region auf den Weg gebracht.
Von Andreas Richter

Infotour und Infostand

Auch diesen Sommer sind die Jusos Erlangen wieder unterwegs, um mit jungen Menschen über stadt- und bundespolitische Themen zu diskutieren. Sei es die Stadt-Umland-Bahn, ein sozial gerechter Klimaschutz, bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen oder die Zusammensetzung der nächsten Bundesregierung. Mit dabei war unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Munib Agha.

Aus dem Bauch gesprochen...

Mündige Kinder...
über allerlei „Selbstbestimmung“

Von Monika Fath-Kelling

Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren sollen aus politischer Perspektive heraus geimpft werden.
Natürlich ganz „zwanglos“.
Nicht ganz so zwanglos, eher umstandslos, wird der Ständigen Impfkommission STIKO von der Politik die Pistole auf die Brust gesetzt: Im Brustton der Überzeugung soll die STIKO der Vorstellung von Politik entsprechen (und der Wirtschaft, das sollte schon immer ein bisschen mitgedacht werden). Sie soll -am besten gestern- die Impfung der Alterskohorte 12-17 Jahre befürworten. Aus nachvollziehbaren Gründen möchte die STIKO nicht über dieses hingehaltene Stöckchen springen. Was das sofortige Ausgießen eines Eimers voller ethisch-moralischem Unverständnis durch die Politik auslöst.
Und unsere medialen Schiedsrichter? Ziehen sich auf die bequeme Position „Mündige Kinder“ zurück. Was für ein Schmierentheater!
Hier könnte ein Leserbrief enden zu einem Artikel der ZEIT N°32 Seite 1.
Aber mit diesem politisch-medialen „Boulevardstück“ hat man durchaus Erfahrung!
Der mündige Bürger, die mündige Soldat*in (... Bürger in Uniform), die mündige Patient*in, die mündige Schüler*in (die sich ab Klasse 1 „selbstbestimmt“ den geforderten Lehrstoff aneignen soll), das mündige Kind, das sich selber erziehen soll. (Münchhausen, der sich

selber am Schopf aus dem Sumpf gezogen hat, lässt herzlich grüßen).
Wie billig es doch ist, die Verantwortung nach „unten“ durchzureichen, und die Entscheidung Menschen zu überlassen, die bei diesem Spiel in der Regel zum Zeitpunkt der Entscheidung weder über die nötigen Informationen zu den Entscheidungskriterien verfügen können, noch die Zeit und die Mittel haben, um sich ausreichend Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.
Bequem warten die Medien ab, in welche Richtung „der Hase“ läuft, um dann genussvoll- besserwisserisch über die „selbstbestimmte Entscheidung“ der Leute zu „befinden“. Wenn es gut lief, gibt’s ein vollmundiges: Toll, wie „mündig“ doch der „Souverän“ entschieden hat, wenn es schief läuft, dann heißt es: leider, leider, die Menschen sind schwach und unreif, sie haben eine nachgerade „unverantwortliche“ Entscheidung getroffen. Dem Betroffenen gegenüber wird achselzuckend nachgetreten: „selber schuld, genauso hast du es doch gewollt....“
Das Strickmuster zieht sich durch kommunale Angelegenheiten, Ländersachen, Bundespolitik und macht nicht einmal Halt vor weltpolitischen Fragen. Statt repräsentativer Demokratie mit sinnvollen Arbeitsteilungen lieber allenthalben „Bürgerbeteiligung“, „Volksnähe“ und „gesunder Menschenverstand“.
Verwaltete Verantwortungsverschiebung ist stark auf dem Vormarsch (...Söder und Habeck z.B. sollen -lt. ZEIT- über ein „intuitives Gespür für Mehrheiten“ verfügen...).
Wundert es da, dass autoritärer gestrickte Staatsmodelle eine gewisse Anziehungskraft entwickeln?
Aber DAS haben die Menschen ja dann so „gewollt“....

Europas fragile China-Politik

Wie will die EU sich im aufziehenden Großmachtkonflikt zwischen China und den USA positionieren? Eine mehrgleisige Politik ist richtig, sie ist aber auch frustrierend. Und sie birgt manche Gefahr.

Von Mark Schuster
Referent für Organisation

Im Frühjahr 2021 hat das Dreieck der Beziehungen zwischen der EU, den USA und China eine kaleidoskopische Dynamik angenommen.
Man denke nur einmal zurück, wie die Welt noch zum Jahreswechsel aussah: China ging gestärkt aus dem Schockmoment der Coronavirus-Krise hervor und die USA steckten nach den Präsidentschaftswahlen in einem noch nie dagewesenen Chaos. Zudem hatte die Trump-Regierung die Epidemie außer Kontrolle geraten lassen. Die EU hingegen konzentrierte sich auf das Aufbaupaket „NextGenerationEU“ (NGEU) – und als letztes großes Hurra als De-facto-Chefin der EU setzte Bundeskanzlerin Angela Merkel, unterstützt von ihren Verbündeten in der Europäischen Kommission, den Abschluss eines umfassenden Investitionsabkommens zwischen der EU und China durch. Die Konstellation schien klar: Amerika war abgehängt, und die EU und China schmiedeten eine Achse der pragmatischen Zusammenarbeit in Sachen Handel, Investitionen und Klimapolitik. Doch nur ein paar Monate später hat sich das Bild fast schlagartig verschoben.
Die neue US-Regierung hat die Epidemie in den Vereinigten Staaten schnell eingedämmt und ein neues, drittes Konjunkturpaket von nie dagewesenem Ausmaß auf den Weg gebracht. Sie hat einen Schlussstrich unter die Zeit des chaotischen Machtwechsels gezogen, aber an der konfrontativen Haltung gegenüber China festgehalten, die sie von der Trump-Regierung übernommen hat. Als Antwort hat China seine Bemühungen in Sachen „Strategie der zwei Kreisläufe“ intensiviert. Mit dieser soll das chinesische Wirtschaftswachstum autonomer werden, also immer mehr vom globalen Handel entkoppelt werden.
In Europa war die Selbstbeweihräucherung rund um „NGEU“ noch in vollem Gange, als der Kontinent langsam, aber sicher im Impfchaos und in gegenseitigen Schuldzuweisungen versank. Dabei sind die wirtschaftlichen Aussichten des Kontinents selbst unter Berücksichtigung des Aufbaupakets düster.
Derweil haben die EU-Sanktionen gegen vier chinesische Funktionäre in der Provinz Xinjiang wegen massiver Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren und Pekings massive Gegensanktionen (unter anderem gegen vier Europaabgeordnete) dafür gesorgt, dass das Investitionsabkommen auf Eis liegt, denn eine Ratifizierung durch das Europaparlament ist unter diesen Umständen mehr als fraglich. Zugleich startete die Kommunistische Partei Chinas mit der Unterstützung heimischer Internet-Suchmaschinen eine systematische Kampagne gegen europäische Bekleidungsfirmen, die sich in Sachen Xinjiang kritisch geäußert hatten.
Kurzfristig lässt das der EU kaum eine andere Wahl, als sich deutlicher auf die Seite der USA zu schlagen. Ob das der Beginn eines grundlegenden strategischen Wandels in der europäischen China-Politik ist oder eher taktischer Natur, wird sich zeigen. Denn im Endeffekt konkurrieren hier zwei unterschiedliche Auffassungen, wie eine erfolgreiche Strategie gegenüber China aussehen sollte.
Schon unter Barack Obama, doch dann mit größerem Nachdruck unter Donald Trump ging der Trend in der US-Politik dahin, verschiedene Politikbereiche wie Handel, Investitionen, Technologie, Sicherheitspolitik und Rechtsfragen vor dem Hintergrund des geopolitischen Wettbewerbs immer enger miteinander

zu verzahnen. Dies ging mit der Erwartung einher, dass sich die Großmächtekonkurrenz in Zukunft vor allem in dem Teil der Welt abspielen werde, den Washington seit 2017 den Indo-Pazifik nennt. Seit dem Frühjahr 2020 schlagen die Beteiligten dramatische Töne eines neuen, ideologischen kalten Krieges an – und die amerikanischen Sanktionen gegen den chinesischen Tech-Sektor sind nichts Geringeres als eine wirtschaftliche Kriegserklärung.

Zwar hat die Biden-Regierung signalisiert, man wolle mit chinesischen Vertretern im Gespräch bleiben und insbesondere in Fragen des Klimawandels kooperieren. Doch weiterhin arbeitet Washington mit Ausfuhrverboten für Chip-Hersteller und Sanktionen gegen chinesische Tech-Firmen wie Huawei, SMIC und DJI effektiv daran, Chinas industrielle Entwicklung einzudämmen – weil es diese als Bedrohung seiner nationalen Sicherheit ansieht. Dies wiederum steht in diametralem Gegensatz zu Pekings Bestreben, auf der Weltbühne eine Position einzunehmen, die mit Chinas Geschichte sowie aktuellem und zukünftigem wirtschaftlichen Gewicht in Einklang steht.

Die amerikanische Strategie hat den Vorteil, kohärent zu sein und dem Selbstverständnis einer Großmacht zu entsprechen. Gleichzeitig bringt sie jedoch eine Art Spiegelungseffekt mit sich: Der militärisch-industrielle Komplex in den USA nähert sich nach und nach chinesischen Verhältnissen an. Das ist nicht neu, sondern eine Entwicklung, vor der US-Präsident Dwight D. Eisenhower im Zuge des McCarthyismus schon in den 1950er Jahren warnte.

Partner, Konkurrent und Rivale

Die amerikanische Rückkehr zur „Grand Strategy", um China im 21. Jahrhundert zu begegnen, hebt sich deutlich von der China-Politik der EU ab. Das jüngste Grundlagenpapier „EU-China Strategic Outlook" von 2019 beruht nämlich gerade auf der Ablehnung der amerikanischen Logik von Synthese und Verzahnung. Stattdessen hat sich Brüssel – zum Erstaunen vieler US-Beobachter – dazu entschieden, China gleichzeitig als potenziellen Partner, als Konkurrenten und als Systemrivalen zu definieren. Entscheidend ist dabei, dass nicht zugelassen werden soll, dass eine dieser Facetten die anderen überschattet.

Das Ende 2020 geschlossene EU-China-Investitionsabkommen steht voll im Einklang mit dieser Position. Das Abkommen sollte Wege für eine zukünftige Zusammenarbeit ausloten und das wirtschaftliche Spielfeld für einen europäisch-chinesischen Wettbewerb ebnen, ohne dabei allzu hohe Anforderungen an China zu stellen. Mit anderen Worten: Echte Bedenken zum Thema Zwangsarbeit wurden mehr oder minder beiseitegeschoben.

Unter dem Druck von Kritikern erklärten Berlin und Paris, dass das Investitionsabkommen in keiner Weise an eine duckmäuserische Haltung in anderen Fragen gebunden sei, wie beispielsweise bei den Repressionen in Xinjiang und der Unterdrückung demokratischer Rechte in Hongkong. Auch das ist Teil des mehrgleisigen europäischen Ansatzes: Die Zusammenarbeit auf einem Gebiet schließt das offene Eingeständnis von Differenzen oder gar Konflikten in anderen nicht aus. Sowohl Kooperation zu fördern als auch Meinungsverschiedenheiten zu ertragen, soll die Legitimität der politischen Beziehungen stärken. Die Entwicklungen der vergangenen Wochen haben dieser Logik praktischen Ausdruck verliehen. Die große Frage ist jetzt: Kann China mit einer solchen Komplexität leben?

Das chinesische Regime kann und sollte nicht erwarten, dass Menschenrechtsverletzungen von seinen westlichen Verhandlungspartnern ignoriert werden oder dass chinesische Sicherheitsorgane im Westen ungehindert Geschäfte machen können. Peking wird von dieser Aussicht zwar nicht begeistert sein, täte aber trotzdem gut daran, die bisherigen – mehr oder minder symbolischen – Sanktionen einfach hinzunehmen. Schließlich zielen diese nicht auf jene chinesischen Führungspersonen, die für das, was in Xinjiang passiert, verantwortlich sind. Wenn Peking jedoch damit antwortet, indem es europäische Parlamentarier, Experten und Think-Tanks ins Visier nimmt, muss es auch die Verantwortung für die Zuspitzung des Konflikts übernehmen. In diesem Fall darf man sich in China nicht wundern, wenn die EU in die Arme der USA getrieben wird.

Auf beiden Seiten des Atlantiks liegt nun die Initiative bei denjenigen, die eine Konfrontation bevorzugen. Angesichts der chinesischen Einschüchterungspolitik ist es tatsächlich sinnvoll, wenn Europa und die USA ihre Vorgehensweisen untereinander und mit anderen Partnern abstimmen. Die Botschaft an Peking muss klar sein: Wenn es mit Europa Geschäfte machen will, muss es anerkennen und respektieren, wie Europas politisches System funktioniert und was dies mit sich bringt – zum Beispiel im Hinblick auf ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und zur Sicherung von Eigentumsrechten.

Beschwerden über das „Jahrhundert der Demütigungen" und den „Boxer-Aufstand" (1899–1901) mögen zwar beim chinesischen Publikum gut ankommen, in Europa werden sie jedoch kein Gehör finden. Auch das ist eine der unangenehmen Wahrheiten, auf die man sich in China wird einstellen müssen: Anders als im Fall Afrikas blendet Europa seine Kolonialgeschichte in China einfach aus. Das mag unfair sein, ist aber Teil der Realpolitik.

China lässt sich nicht „ändern"

Gleichzeitig muss auch Europa die Grenzen seiner Verhandlungsmacht anerkennen. Ja, die europäischen Werte sind für Brüssel nicht verhandelbar. Doch die Anmaßung, man könne die chinesische Entwicklung in irgendeiner Weise grundlegend „ändern", ist bestenfalls absurd. Peking mag sich vielleicht irgendwann dazu entschließen, die Baumwollproduktion in Xinjiang „menschenrechtskonformer" zu gestalten oder den Repressionsapparat in Hongkong zu lockern. Eine grundlegende Kurskorrektur wird es in diesen Fragen aber nicht geben.

Der öffentlichen Diskussion in Europa täte es gut, wenn sich die beteiligten europäischen Nationen gemeinsam um die Aufarbeitung der historischen Hinterlassenschaften des europäischen Imperialismus in China bemühen würden. Das würde zur Aufklärung beitragen und könnte helfen, die Konfliktlinien auf beiden Seiten aufzuweichen.

Trotzdem wäre es nicht mehr als ein Hirngespinst, wirklich davon auszugehen, dass sich die europäische Öffentlichkeit in Zukunft für ein ihr zutiefst fremdes chinesisches Regime erwärmen könnte. Argwohn, Misstrauen und Ressentiments lauern überall. Unternehmen, die von beiden Märkten profitieren wollen, werden derweil weiterhin zwischen hehren ethischen Vorsätzen und pragmatischem Zynismus lavieren. Sie werden sowohl auf die chinesischen Verbraucher achten als auch auf den Rufschaden, den westliche NGOs anrichten können. Wenn das am Ende bedeutet, dass im Westen weniger billige

Kleidung aus Xinjiang-Baumwolle verkauft wird, wäre das ein kleiner Preis.
Die tiefergehende Frage ist, ob die Konflikte die Agenda dominieren werden. Indem sie das Investitionsabkommen forcierten, signalisierte die EU ihre Haltung, dass dem nicht so sein sollte. Chinas Überreaktion riskiert nun die Verschmelzung von Themenbereichen, die Fortschritte an anderen Fronten unmöglich machen würde. Es könnte sogar dazu führen, dass die Europäer voll auf die amerikanische Linie einschwenken: Das wäre eine sehr folgenschwere Entwicklung.
Europas Kritik an dem repressiven Vorgehen des chinesischen Regimes in Xinjiang bedeutet bislang nur eine partielle Orientierung an der US-Politik. Die Beziehungen zwischen den USA und China werden von Washington derweil weiterhin als Großmächtekonflikt definiert. Für die USA geht es dabei, so hat es Biden nach seinem Amtsantritt deutlich gemacht, um die Frage der US-Vorherrschaft. Mit dem Selbstbewusstsein der amerikanischen Babyboomer-Generation erklärte Biden zuletzt: „China hat ein übergeordnetes Ziel: das führende Land der Welt zu werden, das reichste Land der Welt und das mächtigste Land der Welt. Solange ich im Amt bin, wird das nicht passieren."
Für die USA ist diese Art, ihre Ziele zu formulieren, mehr als unglücklich. Es zeigt, dass sich Washington noch lange nicht mit der Realität einer multipolaren Welt arrangiert hat, in der nicht mehr offensichtlich ist, was es heißt, die Nummer eins zu sein. Viel hängt davon ab, dass die amerikanische Politik in diesem Punkt in der Gegenwart ankommt. Dies ist allerdings keine Schlacht, die Europa schlagen muss. Für Brüssel ist vielmehr die Verteidigung der eigenen Werte und der europäischen Autonomie wesentlich – Fragen der globalen Vormachtstellung eher nicht.
Es war und ist richtig, dass Europa für eine mehrgleisige Strategie des Engagements gegenüber China plädiert. Dazu gehört auch ein gewisses Maß an Kompromissbereitschaft und – wie in der Ära der Entspannungspolitik in den 1970er Jahren – auch ein gewisses Maß an Doppelmoral und sogar Heuchelei. Damals wie heute ist dies angesichts der hohen Risiken, die sonst drohen, ein Preis, den es sich zu zahlen lohnt. Der Erfolg dieser Strategie hängt nun jedoch maßgeblich von Chinas Bereitschaft ab, die „Logik der Differenzierung" zu akzeptieren.
Klar ist auch, dass die mehrgleisige Strategie fragil ist. Denn auf beiden Seiten spielt die öffentliche Meinung eine wichtige Rolle. Bringt Peking die europäische Öffentlichkeit gegen sich auf, werden die Spannungen und Ungereimtheiten, die der mehrgleisigen Entspannungsstrategie innewohnen, zu einer Implosion der chinesisch-europäischen Beziehungen führen. Dass China bereits so viel Unmut hervorgerufen hat in Zeiten, in denen Europa über so viele andere Fragen zerstritten ist, zeigt, wie labil dieses Verhältnis in Zukunft sein könnte.
Aber: Ein Konflikt ist nicht vorprogrammiert. Europa entwickelt sich gerade zu einem globalen Akteur, und andere lernen, wie sie künftig mit Brüssel umgehen können. Natürlich ist europäische „Grand Strategy" fragil. Mangels einer großen politischen Maschinerie mit kongruenter „Weltanschauung" – so wie sie in Washington und noch einmal in ganz anderem Maße in Peking existiert – ist sie weitaus weniger autonom handlungsfähig. Das mag für europäische Möchtegern-Strategen mitunter frustrierend sein, spiegelt jedoch im Grunde nur die einzigartige politische Struktur der EU wider. Eine mehrgleisige Entspannungspolitik gegenüber China ist für Brüssel deshalb der richtige Ansatz; er wird aber auch immer wieder durch die demokratischen Strukturen des Staatenbunds und durch die öffentliche Meinung bedingt und eingeschränkt werden. Es würde nicht schaden, wenn auch die anderen Weltmächte diese Lektion lernen.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Die große Verunsicherung

Vorschläge für die deutsche Außenpolitik nach Angela Merkel: Sie braucht die Partner in Paris, Peking und Washington; sie benötigt mehr Mut und viel mehr Klarheit – aber das ist noch lang nicht alles.

Von Mark Schuster
Referent für Organisation

Der Abschied war lange angekündigt. Und doch spürt man jetzt, da er näher rückt, dass eine Zäsur bevorsteht. Angela Merkel hat Konrad Adenauers 5143 Tage im Amt längst überflügelt, und selbst Helmut Kohls Rekord (5869 Tage) könnte sie noch einstellen, wenn die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl sich hinziehen sollte. Diese Kanzlerin wollte sich weder aus dem Amt drängen noch abwählen lassen wie ihre großen Vorgänger. Nach der Wahl im September 2021 sollte endgültig Schluss sein. Die Merkel-Ära würde selbstbestimmt und kontrolliert enden.

Doch Monate vor dem Ende kann von Selbstbestimmung und Kontrolle keine Rede sein. Die Union kann nicht einmal mehr erwarten, die selbstverständliche Führungskraft einer neuen Regierung zu sein. Wechselstimmung liegt in der Luft, nur weiß niemand genau, wohin. Es ist unklar wie noch nie vor einer Bundestagswahl, wer auf die Amtsinhaberin folgen wird und in welcher Konstellation er oder sie regieren wird: Schwarz-Grün, Grün-Schwarz, (rote) Ampel, Jamaika – vieles ist denkbar, nichts zwingend.

Machtverlust auf offener Bühne

Weil die Außenpolitik einer Nation immer auch die Projektion ihres inneren Zustands in die Welt ist, schaut das Ausland gespannt auf die Neuausrichtung der politischen Kräfte im mächtigsten Land Europas. Das innenpolitische Beben bietet eine Chance, Deutschlands Rolle in der Welt angesichts von Pandemien, Klimakatastrophen, Digitalisierungsschüben und Großmachtrivalitäten neu zu bestimmen: Was muss sich dringend ändern, worauf lässt sich aufbauen?

Doch Deutschland hat keine Debatte auf der Höhe seiner zahlreichen strategischen Herausforderungen. Stattdessen überwiegen Schock und Verwirrung angesichts der kränkenden Erfahrung, dass die Bundesrepublik merkwürdig führungslos durch eine Krise stolpert, die doch für diese Kanzlerin wie gemacht schien.

Die Methode der beinahe geräuschlosen Krisenbewältigung, die Angela

Merkel in 16 Jahren perfektioniert hat, funktioniert nicht mehr. Merkel hatte ihrer Entmachtung zuvorkommen wollen, nun erleidet sie einen Machtverlust auf offener Bühne. Wann hat das begonnen? Viel spricht dafür, diesen Punkt deutlich vor der Bundestagswahl zu suchen, vielleicht im Herbst 2020, in einer der zahllosen Corona-Nachtsitzungen. Die Pandemie war die erste Krise, in der Angela Merkel ihren Kurs nicht durchsetzen konnte – nicht einmal mehr zuhause, im föderalen System der Bundesrepublik.

Der innenpolitischen Entmachtung entspricht ein außenpolitischer Rückzug. Auch er hat einen langen Vorlauf. Ende Mai 2019 fand einer der merkwürdigsten Auftritte in Merkels Amtszeit statt. Sie hielt die „Commencement Speach" in Harvard, die traditionelle Rede zum Studienabschluss. Sie warb für Freihandel und Multilateralismus, argumentierte gegen die Leugnung des Klimawandels, für „unveräußerliche Werte", gegen „Mauern" und „Ignoranz". Ein Vermächtnis, eine Art Credo der deutschen Außenpolitik als wohlwollende, moralische Großmacht in einer sich verfinsternden Welt. Die Rede wurde von den Trump-kritischen amerikanischen Medien erwartungsgemäß gefeiert.

In der Begeisterung ging unter, dass da ein verstörender Abschied auf der Nebenbühne stattfand: Die deutsche Bundeskanzlerin war für 24 Stunden in die USA geflogen – ohne überhaupt noch zu versuchen, den Präsidenten zu treffen. Angela Merkel sprach wie eine Dissidentin, die in dunklen Zeiten eine Flaschenpost hinterlässt, als wäre sie schon nicht mehr zuständig.

In den beiden Jahren danach ist die Weltpolitikerin Merkel abgetaucht. Sie ignorierte Trump und nahm die Zeitlupenkatastrophe des Brexit reglos hin. Sie ließ die wiederholten Impulse des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Reform Europas und der NATO verpuffen. Sie verkniff sich jede öffentliche Freude über Joe Bidens Ankündigung, Amerika sei „zurück". Die Kanzlerin, die einst für die Außenpolitik gebrannt hatte und zu Beginn der Trump-Jahre enthusiastisch als „Führerin der freien Welt" gefeiert worden war, setzte keinen Impuls mehr.

Handlungsfähig, aber wozu?

Die ambitionslose Dämmerungsphase überschattet Merkels Bilanz: Denn in vier existenziellen Krisen, die sich um die Währung, das Recht, die Grenzen und die Souveränität Europas drehten, hat Angela Merkel die Führung übernommen und die Selbstbehauptung des Kontinents gesichert.

In der Finanz- und Eurokrise half sie (mit sehr großer Hilfe von uns, dem sozialdemokratischen Koalitionspartner) Wohlstand und Zusammenhalt des Kontinents zu bewahren; im Ukraine-Konflikt fror sie (mit dem französischen Präsidenten) den Krieg am Rande Europas ein, schob der russischen Aggression einen Riegel vor und hielt das europäische Sanktionsregime beieinander; in der Migrationskrise schloss Merkel, nach einem Ausflug in den deutschen Unilateralismus namens „Willkommenskultur", mit Erdogan den Türkei-Deal und machte so die Grenzen des Kontinents wieder einigermaßen „beherrschbar" (um so bemerkenswerter, als sie vorher behauptet hatte, das sei nicht möglich). Dann die langfristig vielleicht folgenreichste Entscheidung ihrer Amtszeit: Angela Merkel gab angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie Deutschlands Segen zur erstmaligen gemeinsamen Schuldenaufnahme der EU („Hamilton-Moment") und auch zu direkten Zuschüssen in den Haushalt von Mitgliedstaaten. Ob diese letzte Kehrtwende, der Bruch mit dem konservativen und neoliberalen Tabu „Transferunion", nicht zu spät kam, darüber werden Historiker streiten. Fest steht: Zum Ende hin hat diese ikonoklastische Kanzlerin nach Atomkraft, Wehrpflicht und Homoehe auch noch das heiligste Idol christdemokratischer Solidität und Sparsamkeit gestürzt – die schwarze Null.

Ihr Handeln in all diesen unterschiedlichen Krisen hat einen gemeinsamen Nenner: Angela Merkel hat in vielen langen Nächten geduldig, flexibel und entschlossen die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands (und der EU) erhalten. Doch jetzt stellen sich Fragen, die Merkel nie beantworten wollte: Handlungsfähig wozu genau? Soll Deutschland dem neuen US-Präsidenten zur Seite stehen beim Versuch, den Westen zu revitalisieren? Oder lieber Distanz halten zwischen seiner unverzichtbaren Schutzmacht USA und seinem ebenso unersetzlichen Wachstumsmarkt China? Mit den EU-Partnern, Frankreich voran, „europäische Souveränität" anstreben?

Außenpolitische Identität

Die Bundesrepublik, anfangs ein halbsouveränes Gebilde unter Patronage der Siegermächte, hat über Jahrzehnte eine außenpolitische Identität ausgebildet – im heftigen inneren Streit. Man fetzte sich über die Wiederbewaffnung, den NATO-Beitritt, die Entspannungspolitik, die Nachrüstung, die Wiedervereinigung, die ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr, den Irak-Krieg und die Euro-Rettung. Man schimpfte sich vaterlandsloser Geselle, Verräter, Kriegshetzer, Kalter Krieger. Immer ging es dabei auch um die Macht. Aber eben nicht nur: Angetrieben wurden diese Debatten von unterschiedlichen Überzeugungen, wo Deutschland hingehört. Weil die Westbindung von Adenauer klar gesichert worden war, konnte Willy Brandt die Ostpolitik in Angriff nehmen. Die Wiedervereinigung erntete Helmut Kohl erst, nachdem er das Ergebnis der von ihm zuvor bekämpften Entspannungspolitik akzeptierte. Die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis brachte Auslandseinsätze mit sich, ausgerechnet für Rot-Grün.

In Debatten, die mal die Rechte, dann die Linke gewann, entstand das außenpolitische Selbstbild der Bundesrepublik. Fest im Westen verankert, doch zunehmend selbstbewusst gegenüber den USA; eingebunden in Europa und erst dadurch souverän; mit einer ausgestreckten Hand gegenüber Russland, aber nicht auf Kosten der Menschenrechte und der kleineren östlichen Nachbarn; wirtschaftlich eng verflochten mit China, aber nicht taub gegenüber Hilferufen aus Xinjiang, Tibet, Hongkong und Taiwan.

Das Selbstbild ist nicht ganz falsch, nur heftig mit dem Weichzeichner bearbeitet. Deutschland handelt durchaus nicht immer so multilateral, europäisch und prinzipienfest, wie es glauben machen will, sondern (wie jeder Staat mit beträchtlicher Macht) unilateral, egoistisch und opportunistisch, wenn es gerade passt. Mit etwas weniger Heuchelei wäre das auch gar nicht weiter schlimm.

Niemand will sie mehr hören, die feierlichen Bekenntnisse zu „mehr Verantwortung". Pompöse Angebote, den USA mit einem „Marshall-Plan" beziehungsweise „New Deal" (Heiko Maas) aus der Demokratiekrise zu helfen, sind eher peinlich. Ebenso die Äußerung des Kanzlerkandidaten der SPD, Olaf Scholz, er sei für eine „europäische Armee" unter Kontrolle der EU-Kommission und

des Parlaments sowie für „Mehrheitsentscheidungen“ in der europäischen Außenpolitik. Er vertritt unsere Partei, nur so zur Erinnerung, die selbst nach einer Dekade endloser Debatten nicht in der Lage ist, über die Bewaffnung der Drohnen für die Bundeswehr mit zu entscheiden. Bekenntnisse zur europäischen Verteidigung sind nicht glaubwürdig, solange die eigenen Streitkräfte mangelhaft ausgestattet sind.

Heilsame Verunsicherung

Die alte Frage, wo Deutschland hingehört, schien geklärt. Und doch geht es nun wieder um Grundsätzliches. Alle drei Denkrichtungen der deutschen Außenpolitik sind durch verstörende Entwicklungen der vergangenen Jahre aus der Bahn geworfen worden: Transatlantiker erkennen, dass die Krise der Weltmacht USA mit Trump weder begonnen hat noch endet; Entspannungspolitiker finden keine Antwort auf die aggressive Wende Russlands und Chinas; Europapolitiker müssen sich eingestehen, dass die EU – weit entfernt vom Anspruch, „die Sprache der Macht“ zu lernen – schon an der vergleichsweise einfachen Aufgabe scheitert, ausreichend Masken und Impfstoff zu beschaffen (letzteres unter deutscher Ratspräsidentschaft und einer deutschen EU-Kommissionspräsidentin).

Am Ende der Ära Merkel steht eine große Verunsicherung, auch in der Außenpolitik. Denn so ist die deutsche Lage: auf absehbare Zeit abhängig von den Sicherheitsgarantien der USA, angewiesen auf den Energielieferanten Russland und den wachsenden Ambitionen des Handelspartners China ausgesetzt, während die EU bei der Verteidigung der gemeinsamen Interessen schwächelt.

Neue, selbstkritische Töne gefordert

In den Beziehungen zu unseren wichtigsten Partnern ist ein klarerer, aber auch selbstkritischer Ton gefordert. Wer Bundeskanzler werden will, sollte jetzt schon über erste Anrufe in Paris, Washington und Peking nachdenken.

Frankreich wählt im April 2022, und in manchen Umfragen liegt Marine Le Pen mit Emmanuel Macron gleichauf. Eine ethno-nationalistische Präsidentin in Paris wäre für Deutschland schlimmer als Trump und der Brexit zusammen. Hier schon mal einige Ideen für ein erstes Gespräch:

Sorry, dass wir so lange nicht zurückgerufen haben, lieber Emmanuel. Deine Kritik an der NATO war richtig. Sie bleibt für uns dennoch unverzichtbar, schon um nicht über deutsche Atomwaffen reden zu müssen. Und um der Polen und Balten willen, die weder euch noch uns ihre Verteidigung gegen Russland zutrauen. Du hast auch recht damit, dass „Europa schützen muss“. Lass uns jetzt sofort mehr zusammen machen, bei der gemeinsamen Verteidigung, bei der Rüstung, bei digitalen Technologien, in Sachen Künstlicher Intelligenz und Klimapolitik. Wir wollen mit dir eine gemeinsame Haltung gegenüber China formulieren. À propos, auch wir streben strategische Autonomie für Europa an, was denn sonst!

Auch die Amerikaner wählen bald schon wieder – im November 2022 finden in den USA die Zwischenwahlen (Midterms) statt. Niemand weiß, ob Joe Biden danach noch Prokura haben wird. Er wirbt um Deutschland im gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel und den Autoritarismus. Wie könnte eine Antwort aus Berlin lauten?

Herr Präsident, wir sind hocherfreut, endlich wieder als Partner gesehen zu werden. Die demokratische Nahtoderfahrung der Trump-Jahre steckt jedoch selbst den treuesten Atlantikern unter uns noch in den Knochen. Ist es da klug, eine „Allianz der Demokratien“ anführen zu wollen? Die Idee ist sympathisch, aber kontraproduktiv. Sollen Ungarn und Polen dabei sein, die wir in der EU gerade wegen ihrer Attacken auf den Rechtsstaat mit Prozessen überziehen? Westliche Nationen sollten lieber die Demokratie zuhause stärken und auf einen Leuchtturmeffekt hoffen. Und sich wechselseitig bei Angriffen durch autoritäre Regime wie Russland und China stützen.

Wir können und wollen uns aber nicht von China entkoppeln. Bitte zwingt uns also nicht zu einer Entscheidung. Ihr müsst überhaupt, lieber Joe Biden, lieber Tony Blinken, runter von der Kalte-Kriegs-Rhetorik. Starke Sprüche – Putin einen „Killer“ zu nennen, die Behandlung der Uiguren als „Völkermord“ zu bezeichnen – sind kein Ersatz für eine prinzipienfeste, aber gesprächsbereite Politik (auch wenn es der Wahrheit entspricht). Für die stehen wir gegenüber Russland und China bereit. Es war falsch, mit Peking noch schnell ein Investitionsabkommen zu schließen. Wo wir schon bei eigenen Fehlern sind: Nord Stream 2 war ein Rohrkrepierer, und es tut uns leid, wider besseres Wissen jahrelang behauptet zu haben, das Ganze sei ein kommerzielles, kein geopolitisches Projekt. Wir werden das in Sachen Huawei besser machen. Die politische Frage, wer 5G in Deutschland bauen darf, kann man nicht nach technischen Kriterien entscheiden. Geopolitik lässt sich nicht an den TÜV delegieren.

Womit die heikelste Aufgabe für jeden Nachfolger, jede Nachfolgerin im Kanzleramt in den Blick kommt – einen neuen, klareren Ton im Umgang mit China zu finden. Etwa so:

Deutschland will keinen neuen kalten Krieg. Wir sind überzeugt, dass der Wettbewerb zwischen Autoritarismus und Demokratie mitten durch die verschiedensten Systeme der heutigen Welt hindurchgeht. Wir wollen keine neue Blockbildung. Doch mit eurer Politik in Hongkong, Xinjiang und Taiwan sowie mit euren Attacken gegen unsere Partner wie Kanada, Schweden und Australien befördert ihr genau dies.

Wir stehen für Freihandel, gegen Entkopplung und Protektionismus. Wenn ihr aber westliche Firmen boykottiert, weil euch deren Haltung zu Xinjiang nicht passt, werden wir im Gegenzug unsere beträchtliche europäische Marktmacht anwenden müssen. Wir haben ein Investitionsabkommen mit euch abgeschlossen – gegen den Wunsch aus Washington, ein hohes Risiko für uns. Jetzt unterminiert ihr es durch Sanktionen gegen Politiker, Wissenschaftler und Think-Tanks, deren Kritik euch nicht passt. Wolfskrieger-Diplomatie und Fake-News-Kampagnen nehmen wir nicht länger hin. Sollen staatsnahe Konzerne wie Huawei bei uns eine Chance haben, muss das aufhören. Wir fürchten euren Aufstieg nicht, wir glauben nicht an Eindämmungspolitik, sondern wollen zusammen die größte Bedrohung der Menschheit bekämpfen, den Klimawandel.

Wer auch immer Angela Merkel nachfolgt, hat zu Verzagtheit keinen Grund. Die Welt sortiert sich neu, und dabei kommt es mehr denn je auf Berlin an. Das ist auch das Verdienst dieser Kanzlerin, die Deutschlands Einfluss vermehrt hat. Ihr Abgang bietet die Chance, neu zu bestimmen, wofür er eingesetzt werden soll – und wofür nicht.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2021
23. September 2021

Protokoll der Distriktversammlung vom 22. Juni 2021

Tanja Amon begrüßt die anwesenden Mitglieder recht herzlich. Die Tagesordnung wurde frist- und formgerecht an alle Mitglieder versandt.
Der vorgeschlagenen Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Begrüßung Neumitglied
Rebecca Seidel (nicht anwesend) ist Neumitglied im SPD-Distrikt Dechsendorf. Sie ist von Bubenreuth nach Erlangen-Dechsendorf umgezogen. Die SPD-Mitgliedschaft besteht seit dem 01.01.2017.

Wahl der Vertreter für den SPD-Kreisvorstand
Der SPD-Distrikt Dechsendorf kann zwei Vertreter für den SPD-Kreisvorstand benennen. Einstimmig gewählt werden Tanja Amon und Gerhard Carl.

Aktuelles aus dem Ortsbeirat
Tanja berichtet über die letzte Ortsbeiratssitzung vom 29.06.2021 zu den Themen Klimabudget, Nahversorgung Dechsendorf, Parkleitsystem Dechsendorfer Weiher, Vorstellung Plannetz Radverkehr, Anschaffung Geschwindigkeitsanzeigen, Naturbadstraße (Querungsmöglichkeit und Zone 30) und Mitteilungen zur Kenntnis.
Vera Götz-Klinger (persönliche Mitarbeiterin von OB Florian Janik) informierte den Ortsbeirat über das Förderprogramm Klimabudget. Das von der Stadt Erlangen entwickelte Klimabudget startet am 01.07.2021. Die Bürgerinnen und Bürger in den Stadt- und Ortsteilen sollen ermutigt und finanziell unterstützt werden, eigenständig Projekte und Aktivitäten für den Klimaschutz auf lokaler Ebene anzustoßen. Antragsberechtigt sind alle Vereine, Initiativen sowie BürgerInnen ab 14 Jahren. Das Klimabudget ist ein wichtiger Baustein, um dem Ziel eines klimaneutralen Erlangens näher zu kommen.
Den Stadt- und Ortsteilen stehen jeweils 5.000 Euro pro Jahr für diese Projekte zur Verfügung. Es werden gemeinnützige Projekte und Aktivitäten gefördert, die eine positive Auswirkung auf das Klima haben.
Ansprechpartner sind:
Fachliche Fragen:
Klimateam der Stadt Erlangen
Simone Zippel (Klimaschutzbeauftragte)
E-Mail: simone.zippel@stadt.erlangen.de
Tel.: 09131-86 2330
Verwaltungstechnische Fragen:
Geschäftsstelle Ortsteilbeiräte
Stephan Behringer
E-Mail: stephan.behringer@stadt.erlangen.de
Tel.: 09131-86 2316
Um die Nahversorgung in Dechsendorf langfristig zu sichern und zu verbessern, verfolgt die Stadt Erlangen weiterhin das Ziel der Entwicklung eines Einzelhandelsstandortes in der Weisendorfer Straße (Bebauungsplan D 269). Die Stadtverwaltung befindet sich aktuell in Gesprächen mit den beiden privaten Grundstückseigentümern. Eine Einigung über die Nutzung der Grundstücke konnte noch nicht erzielt werden. Auf der Grundlage der Beschlüsse zum städtebaulichen Einzelhandelskonzept wird seitens der Stadtverwaltung nach wie vor eine Einzelhandelsentwicklung auf der Nordseite der Weisendorfer Straße bevorzugt und weiterverfolgt. Die Errichtung eines Nahversorgers mit max. 800 m2 ist grundsätzlich möglich.
Zum Stand Parkleitsystem am Dechsendorfer Weiher ist zu berichten, dass zur Zeit Gespräche zwischen der Stadt Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt stattfinden, um die Parkplatzprobleme um den Dechsendorfer Weiher zu erörtern und nach Lösungen zu suchen.

Zukunftsplan Fahrradstadt Erlangen
Der Stadtrat hat im Rahmen der Erstellung des Verkehrsentwicklungs- und Mobilitätsplans am 16.10.2018 das Plannetz Radverkehr beschlossen. Es bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung des Erlanger Radwegenetzes in den kommenden Jahren. Eine Umsetzung des gesamten Plannetzes wird bis spätestens 2030 angestrebt. Dies erfolgt im Rahmen des Finanz- und Zeitplans für das Plannetz Radverkehr, dessen Aufstellung im vergangenen Jahr für das Jahr 2021 beschlossen worden ist. Bei der Umsetzung weiterer Maßnahmen sind im Weiteren auch Maßnahmen zu berücksichtigen, die der Modernisierung und dem Ausbau des Radwegenetzes in den Stadtteilen dienen. Mittelfristiges Ziel ist eine Realisierung von jährlich 3 km Radschnellverbindungen. Für den Stadtteil Dechsendorf werden im Plannetz Radverkehr folgende Routen ausgewiesen:

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:
Tanja Amon
tut.amon@gmx.de

- Radschnellverbindungen: von Alterlangen – Weisendorfer Straße – Brühl – Röttenbacher Straße in Richtung Altkirchenweg (Kreisel) bzw. von Weisendorfer Straße über Simon-Rabl-Weg in Richtung Heßdorf (Gewerbegebiet).
- Städtische Nebenroute: von Kosbach bis Dechsendorf (Brühl, Naturbadstraße) in Richtung Möhrendorf.

Anschaffung Geschwindigkeitsanzeigen

Der Ortsbeirat beantragte in vergangenen Sitzungen:

- In der Naturbadstraße soll 30 km/h dauerhaft und durchgehend als Höchstgeschwindigkeit ausgewiesen werden. Die Überwachung soll mit einer fest installierten Geschwindigkeitsanzeige (mit Smiley-Funktion) an der Kreuzung Nauturbadstraße/Loheweg erfolgen. Hierbei geht es vor allem um die Verkehrssicherheit der Kinder (Schulweg) und älteren BürgerInnen.
- Geschwindigkeitsüberwachung (50 km/h) in der Röttenbacher Straße mit einer fest installierten Geschwindigkeitsanzeige.

Querungsmöglichkeit in der Naturbadstraße, Höhe Bäckerei

Dies wurde bereits im Jahr 2019 im Ortsbeirat beantragt. Hier hat sich bisher jedoch nichts Konkretes ergeben. Der Ortsbeirat hält an seinem Antrag, in der Naturbadstraße (Höhe Bäckerei) eine Querungs-möglichkeit zu schaffen, fest. Ein Ortstermin mit der Abteilung Straßenverkehr ist noch zu klären. Die Querungsmöglichkeit würde mehr Sicherheit für Kinder und Senioren bieten.

Spielplatz in Kleindechsendorf

Im Rahmen der Vorbereitung zur Aufstellung des 1. Deckblattes zum Bebauungsplan D269 (Nachnutzung „Schatz-Gelände-Süd“) sieht das Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung den Bedarf, in Kleindechsendorf einen Spielplatz zu errichten. Das Amt für Soziokultur sieht ebenfalls den Bedarf für einen Spielplatz in Kleindechsendorf, da es im näheren Umfeld keinen Spielplatz gibt. Zudem müssen Kinder aus dem Ortsteil erst größere und verkehrsreiche Ausfallstraßen überqueren, um die nächsten Spielplätze zu erreichen. Nach Erwerb eines geeigneten Spielplatzgrundstücks müsste ein Bedarfsbeschluss für die Planung und Bau eines Spielplatzes gefasst werden. Auch die erforderlichen Haushaltsmittel für die (Vor-)Planungen und Bauleistungen müssen im Haushalt bereitgestellt werden.

Blumenschmuckmaßnahmen zum Jubiläum „50 Jahre Eingemein-dung - Erlangen wird Großstadt“

Zum Jubiläum „50 Jahre Eingemeindung – Erlangen wird Großstadt“ sollen durch Begrünungs- und Bepflanzungsmaßnahmen besonders versiegelte Plätze und Straßen im Stadtgebiet ökologisch und optisch aufgewertet werden. Es werden Blumenpyramiden mit insekten-freundlicher, blühender Bepflanzung für eine Saison gemietet und aufgestellt. Zusätzlich sollen an den Einfallstraßen bzw. an geeigneten Straßen in den Vororten Blumenzwiebeln maschinell gepflanzt oder alternativ blühende Ansaaten eingebracht werden. Der Ortsbeirat hat eine Standortliste für Blumenschmuckmaßnahmen in Dechsendorf erstellt und der Verwaltung übermittelt.

Erlanger Schulen, Schaffung der Barrierefreiheit durch den Einbau von barrierefreien Aufzügen

Für die Grundschule Dechsendorf ist der Einbau eines barrierefreien Aufzuges im Jahr 2027 geplant. Die Projektleitung übernimmt Amt 24 (Amt für Gebäudemanagement).

Bürgerversammlung in Dechsendorf

Die nächste Bürgerversammlung in Dechsendorf findet am 14. September 2021 statt. Ob als Präsenz- oder Digitalveranstaltung wird rechtzeitig in den Medien bekanntgegeben.

Bedarfsanerkennung für die Schaffung von 12 zusätzlichen Krippenplätzen in der Kindertageseinrichtung „Unsere Liebe Frau“ in Dechsendorf

Die Kath. Kirchenstiftung „Unsere Liebe Frau“ in Dechsendorf plant, die bestehende Kindertageseinrichtung mit 3 Kindergarten- und einer Krip- pengruppe um eine Krippengruppe zu erweitern. Für die Erweiterung der Kindertageseinrichtung werden deshalb 12 Krippenplätze als bedarfsnotwendig anerkannt.

Begründung: Fortführung der Ausbauplanung im Stadtteil Dechsendorf, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Vorschulalter zu gewährleisten.

Bezuschussung der Mittagsbetreuung an Erlanger Grundschulen im Schuljahr 2021/2022

Die Stadt Erlangen bezuschusst im Schuljahr 2021/2022 die an den staatli-

chen Erlanger Grundschulen bestehenden Mittagsbetreuungen mit insgesamt 327.721 €.
Die Mittagsbetreuungen ermöglichen an Grundschulen eine Beaufsichtigung von Schülerinnen und Schülern vom Ende des stundenplanmäßigen Vormittagsunterrichts bis mindestens 14:00 Uhr und je nach Schule längstens bis 17:00 Uhr.
Sie unterstützen die Erziehungsarbeit des Elternhauses und der Schule.
Für die Grundschule Dechsendorf ist ein Zuschuss von 41.292 EURO vorgesehen.

Ausbau von „mobilpunkten" im Stadtgebiet
Das Konzept der „mobilpunkte" sieht die Verknüpfung verschiedener Mobilitätsangebote und Verkehrsarten an geeigneten Standorten im Stadtgebiet vor. Die Grundausstattung umfasst einen Stellplatz für ein Carsharing-Fahrzeug, die Nähe zu einer ÖPNV-Haltestelle sowie Fahr- radabstellanlagen. Zudem sollen die Stationen auch zu Fuß gut erreicht werden können. Des Weiteren ist vorgesehen, dass die Stationen zukünftig mit E-Carsharing-Fahrzeugen und Lademöglichkeiten ausgestattet werden. Als Marketing und zur besseren Erkennbarkeit werden die Stationen mit einer Stele mit der Wortmarke „mobilpunkt" gekennzeichnet und entsprechend beworben. Auch in Erlangen wird das Potenzial gesehen, durch den Ausbau von stationsgebundenem Carsharing zu einer Reduzierung des privaten Pkw-Besitzes beizutragen.
Um ein flächendeckendes Angebot zu schaffen, sollen sowohl an wichtigen Umsteigepunkten in der Innenstadt als auch in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen in den kommenden Jahren „mobilpunkte" entstehen.
Im Ortsteil Dechsendorf ist ein „mobilpunkt" in der Naturbad-straße/Campingstraße im Jahr 2022 geplant.

Gerhard Carl
(Schriftführer)

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

untenstehend das Protokoll unserer letzten Sitzung.
Unsere nächsten Sitzungen wird am

14.09 (JHV mit Neuwahlen) um 19:30

sein. Geplant sind die Sitzungen in persönlicher Form im Bürgerhaus Kriegenbrunn (Kriegenbrunner Str. 25). Sollte das nicht möglich sein, gibt es die Änderung der Lokation dann per Mail ein paar Tage vorher.

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt.

2. Aktuelles
Wahlkampfleitung: Plakatierung am Freitag 13.08; Kleiner Flyer -> Verteilung ab 20.07 möglich;
Schaukasten Kriegenbrunn am Feuerwehrhaus 65€ Pacht im Jahr -> Soll umgesetzt werden
Come Together Anmeldung innerhalb der nächsten Woche

3. Radentscheid Erlangen
Vorstellungen der Projekte für Frauenaurach und anschließende Diskussion dazu.

4. Wahl der Vertreter in den Kreisvorstand
Für den Distrikt Frauenaurach werden Hartmut Wiechert und Elizabeth Rossiter einstimmig in den KV gewählt.

5. Ortsbeiräte
OBR Kriegenbrunn am 21.07 in Präsenz
OBR Frauenaurach am 28.07 in Präsenz

6. Sonstiges
Nächste Sitzung ist die JHV am 14.09

Hier noch die geplante Tagesordnung für unsere Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen im September. Bitte abdrucken.

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Bericht des Distriktvorstands
5. Bericht des Kassiers
6. Bericht der Revisoren
7. Aussprache
8. Entlastung des Vorstands
9. Neuwahlen
a. Vorsitzende/r
b. 2 Stellvertreter/innen
c. Kassier/erin
d. 1 Vertreter und 1 Vertreterin für den KV
e. 2 Revisoren/innen
10. Jahresplanung
a. Themen
b. Termine
11. Verschiedenes

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossin, lieber Genosse

Wir laden Dich herzlich zu unserer regulären Mitgliederversammlung

am Dienstag, den 14. September 2021 um 20 Uhr in die Kulisse

ein.
Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelle persönliche Runde
3. Wahlkampf, was können und wollen wir noch tun?
4. Zusammenarbeit mit Distrikt Ost
5. Themensetzung für Oktober, November (Vorschlag: „gegen Rechts“) und Dezembersitzung
6. Filmnachmittag im November? (passend zum Thema),
7. Verschiedenes

Vielleicht hast du ja Lust, beim Neustart der Präsenzsitzungen -soweit die Coronalage dies zulässt-mitzumachen. Freundschaft ist an sich durch nichts zu ersetzen und macht das Leben gleich viel bunter...

Freundschaft!
Monika Fath-Kelling

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am Mittwoch, den 15.9., um 20 h im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Bericht des Vorstands, Kassenbericht sowie Bereicht der RevisorInnen
4. Aussprache
5. Entlastung des Vorstands
6. Wahlen
• einer Wahl- und Zählkommission
• VorsitzendeR
• StellvertreterIn
• KassierIn
• SchriftführerIn
• RevisorInnen
• Nominierung einer Vertreterin und eines Vertreters im Kreisvorstand
7. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.
Da wir leider immer noch in einer Pandemie leben, müssen wir das Hygienekonzept des Bürgertreffs unbedingt beachten. Dieses sieht u. a. das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung während des gesamten Aufenthalts sowie die Einhaltung des 1,5-m-Abstands ein. Alle TeilnehmerInnen müssen sich in die bereitliegende Anwesenheitsliste eintragen oder die Luca-App verwenden.

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter
Vorsitzender

Distrikt Süd

Vorsitzender:
Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Protokoll Versammlung Distrikt Süd am 21.02.2021, 20 – 21.30 Uhr, Bürgertreff Röthelheim

Teilnehmer: Andreas Richter, Mark Schuster, Christoph Bartschat, Robert Thaler, Friedhelm Elias
Protokoll: Christoph Bartschat
Tagesordnung:

1. Nachbesetzung des stellvertretenden Stadteilbeirat Süd Mitglieds
Claudia Butt erklärte sich bereit, die Nachfolge von Helga Sirotek als stlv. Mitglied im SBR Süd zu übernehmen. Die Anwesenden stimmen dem geschlossen zu.

2. Bericht aus dem SBR Süd
Letzte Sitzung (öffentlich wie intern) liegt schon eine Zeit zurück. Bei der letzten öffentlichen Sitzung ging es um die Vorstellung des Klimabudgets für den Stadtteil und die damit einhergehenden Möglichkeiten. Derzeit werden von Mitgliedern des SBR die Handzettel und Plakate dazu im Stadtteil verteilt, um das ganze bekannter zu machen. Weiterhin ging und geht es um die Priorisierung bei der Flächenentsiegelung bzw. neuer Vorschläge hierzu. Kurz angesprochen wurde in diesem Zusammenhang das Verhalten und Auftreten des seinerzeitigen Jugendamtleiters in der Sitzung und in Verbindung hiermit der Umgang der städtischen Verwaltung mit bürgerlichem Engagement. Hierbei gab es unterschiedliche Eindrücke.

3. Bericht aus dem Stadtrat
Kommende Sitzung (22.07.) als letzte vor der Sommerpause mit großer Tagesordnung. Unter anderem mit der Vorstellung des Jahresberichts der Stadtsparkasse, dem Beschluss des Förderprogramms für Sportvereine im Bereich energetische Sanierung, Studie der ESTW zum Thema Wasserstoff, Luftfilter für städtische Schulen und städtische Einrichtungen der Kinderbetreuung, Baumaßnahmen an der Michael-Poeschke-Schule sowie dem StUB Ostast.

4. JHV 2021
Termin 15.09.2021, 20 Uhr, Bürgertreff Röthelheim. Vorstand kandidiert erneut. Die Anwesenden begrüßen es, dass Christoph als Schriftführer kandidieren will. Er füllte diesen Posten bereits informell bei den letzten Sitzungen aus.

5. Diskussion
Punkt entfiel auf einstimmigen Beschluss

5. Sonstiges
Wahlkampf Bundestagswahl 2021: Kurze Besprechung zur Koordination der Abholung und Verteilung von Handzetteln sowie der Bearbeitung/Neugestaltung der Verteilbezirksaufteilungsübersicht.

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch,
08.09.2021, 19.00 Uhr
Schlossgaststätte

Schlossgasse 7, 91058 Erlangen-Tennenlohe
Tagesordnung:
1) Aktuelles.
2) Nachwirkungen der letzten Ausgabe des Tennenloher Boten.
3) Diskussion mit dem neuen Co-Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes.
4) Fahrradwege in Tennenlohe: Diskussion mit der neuen Co-Vizevorsitzenden Lisa Kaufmann.
5) Die bevorstehende Bundestagswahl.
6) Letzte Absprachen bezüglich der Jahres-Exkursion
7) Verschiedenes.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

P.S.: es gelten die gängigen Hygieneregeln aufgrund der Covid-19-Pandemie

Vorankündigung: unsere nächste Distriktversammlung soll stattfinden: am 13.10.

Protokoll der Distrikt-Jahreshauptversammlung vom 07.07.2021 in Tennenlohe

Top 1: Aktuelles
Rolf eröffnet die Sitzung, die im Sportheim An der Wied stattfindet. Anwesend sind 9 Personen. 3 sind entschuldigt.

Top 2: Bericht des Vorstandes
2.1 Mitgliederentwicklung: Rolf gibt einen kurzen Überblick über Mitgliederentwicklung im Distrikt im Berichtszeitraum seit der letzten JHV im März 2020. Der Distrikt hat aktuell 26 Mitglieder. Das bedeutet einen Verlust von 4 Mitgliedern gegenüber dem vorhergehenden Berichtszeitraum: 2 Austritte (2017 wegen GroKo-Abstimmungsmöglichkeit eingetreten, Kontaktaufnahme abgelehnt), 1 Wegzug, ein Todesfall (Heinz Brunner).
2.2 Distriktsitzungen: Wegen der Covid-Pandemie sind 10 der 13 gehaltenen Distriktsitzungen zwischen Mai 2020 und Juni 2021 online durchgeführt worden. Nur in den Monaten Juli, September, Oktober 2020 konnten Präsenzsitzungen stattfinden. Im April 2020 gab es keine Sitzung, da waren wir technisch noch nicht soweit. Rolf dankt Gert für die technische Unterstützung bei der Einrichtung der Jitsi-Online-Sitzungen. Themen waren ortsaktuelle Probleme sowie überregonale Ereignisse und Entwicklungen. Herauszuheben war der Vortrag von Monika Fath Kelling zum Thema Gleichstellung am 8.Dezember 2020 und im Mai 2021 die Vorstellung von Volker Lang 2021, der sich als Kreisvorsitzender bewirbt.
2.3. Tennenloher Bote: Im Berichtszeitraum waren vier Ausgaben des Tennenloher Boten erstellt und verteilt worden: Mai, August, November 2020 sowie April 2021..
2.4. Stadtrat: Besonders positiv war es auch, dass mit dem Nachrücker Andreas Bammes wieder ein Tennenloher SPDler im Erlanger Stadtrat sitzt.
2.5. Terminierung: Aus verschiedenen

Gründen wurden die Distriktssitzungen von Dienstag auf den Mittwoch verlegt.
2.5. Weitere Aktivitäten: Rolf erinnert an den gelungenen Ausflug nach Neumarkt, der - trotz Covid-Einschränkungen - ein schönes Erlebnis war. Dank an Hans Hauer für die exzellente Organisation. Leider musste das traditionelle Gansessen im November 2020 ausfallen.

TOP 3 : Kassenbericht
Der Kassier Gert Büttner gibt einen kurzen Kassenbericht. Einnahmen und Ausgaben halten sich die Waage. Größere Ausgaben sind die Kosten für die Bandenwerbung am SVT-Sportplatz, die Miete für den Schaukasten und natürlich die Finanzierung des Tennenloher Boten. Durch die Werbeanzeigen und den Zuschuss des Kreisverbandes können wir die regelmäßig erscheinenden Ausgaben kostendeckend finanzieren.

TOP 4: Aussprache
Es erfolgte eine kurze Diskussion zum Kassenbericht und dem Bericht des Vorstands.

TOP 5: Bericht der Kassenpr¸fung - Entlastung
Die Kasse wurde von den Kassenprüfern Heidrun und Klaus geprüft.
Klaus bestätigt, dass die Kasse ordnungsgemäß geführt wurde. Er bedankt sich beim Kassier Gert für die hervorragende Arbeit und beantragt die Entlastung. Kassenführung und Vorstand werden von den Anwesenden einstimmig entlastet.

TOP 6: Neuwahlen
Hans übernimmt den Vorsitz für die Durchführung der Wahlen. Anwesend sind neun Distriktmitglieder. Für jeden Vorstandsposten werden Vorschläge gesammelt. Es findet sich für jeden Posten jeweils nur ein Bewerber.
Gewählt werden:
1. Vorsitzender: Rolf Schowalter mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
2. Vorsitzende: Gertrud Reich-Schowalter mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.
Besitzer/in: Andreas Bammes mit 9 Ja-Stimmen
Beisitzer/in: Wilhelm Horn mit 9 Ja-Stimmen
Beisitzer/in: Lisbeth Jarosch mit 9 Ja-Stimmen
Beisitzer/in: Niklas Hauer mit 9 Ja-Stimmen
Kassier: Gert Büttner mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
Schriftführer: Johann Hauer mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
Stellv.Schriftführerin: Lisbeth Jarosch mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
Revisoren: Heidrun Schröder, Klaus Speicher mit 9 Ja-Stimmen
Alle gewählten Personen nahmen ihre Aufgaben an.

TOP 7: Ausblick auf kommenden Aktionen
Der Distrikt wird seine Plakatständer für eine Plakataktion der Stadt für das Klimabudget zur Verfügung stellen. Ab Mitte August sollen dann Plakate zur Wahl geklebt werden. Der Distrikt wird auch wieder in Eltersdorf beim Verteilen und Plakatieren aushelfen.

TOP 8: Themen der kommenden Ortsbeiratssitzung
Es wird darüber diskutiert werden, ob in Tennenlohe im nächsten Jahr eine Feier zur 50jährigen Eingemeindung nach Erlangen stattfinden soll. Im Rahmen der Feierlichkeit könnten ggf. Geschichtstafeln zum Ort an der Sebastiansstraße aufgestellt werden. Die Entwicklung des Gewerbegebiets und die vielfältigen Aktivitäten im Kunstbereich sollten ebenfalls gebührend herausgestellt werden.
Ein weiteres Thema betrifft die geplante Gehwegverbreiterung im Franzosenweg auf 2,20 Meter, die aber von den Anwohnern abgelehnt wird. Gert plädiert dafür, die Gründe für die Ablehnung zu erfragen, da er eine Verbreiterung durchaus positiv sieht. Hans ist der Ansicht, dass eine Lösung im Franzosenweg unbedingt einen Gehweg am Friedhof entlang beinhalten muss, was wohl nur als verkehrsberuhigter Bereich möglich ist. Rolf wird erneut eine Ortsbegehung beantragen, die bisher von der Verwaltung wegen der Pandemie abgelehnt wurde. In der Ortsbeiratssitzung wird ein Bürger über den Stromanschluss eines Garagenhofs und die damit verbundene Einrichtung einer Stromtankstelle berichten. Hans informiert über das Vorhaben der Stadtverwaltung, den Platz hinter der katholischen Kirche ökologisch aufzuwerten.

TOP9: Ausflug 2021
Der Distrikt plant für das Wochenende um den 11. September einen Ausflug nach Dinkelsbühl. Wilhelm wird die Organisation übernehmen.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com
Felizitas Traub-Eichhorn

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Distriktsitzung findet am

Mittwoch, den 29.09. um 20 Uhr im Güthlein

(Dorfstraße 14, Büchenbach) im Großen Saal statt (vorbehaltlich der weiteren Entwicklung der Corona-Lage). Wir werden uns mit den Ergebnissen der Bundestagswahl am 26.09. auseinandersetzen. Wie immer freuen wir uns über zahlreiche Teilnahme!

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

Jahreshauptversammlung des Distrikts West am 21.7.21 mit Neuwahlen

Da sich die Coronalage merklich entspannt hatte, konnte der Distrikt West nun endlich seine Jahreshauptversammlung in Präsenz abhalten. Im Rechenschaftsbericht zeigten sich die beiden Vorsitzenden Katrin Hurle und Felizitas Traub-Eichhorn sehr glücklich darüber, dass die monatlichen Distriktsitzungen auch im Lockdown in digitaler Form stattfanden, was einen zumindest verbalen Austausch in einer sehr schwierigen Zeit möglich machte. Die vielfältigen Themen, die von Juni bis Oktober 2020 in Präsenz im Güthlein und dann von November bis Juni in den digitalen Treffen behandelt wurden, fanden durchwegs guten Zuspruch.
Bei den Wahlen zum Vorsitz wurden Katrin Hurle und Felizitas Traub-Eichhorn einstimmig wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Wolfgang Eichhorn, Sonja Ermann, Tobias Körber und Lisa Rettelbach. Das Amt des Kassiers übernimmt weiterhin Philipp Dees. Ihre Wahl erfolgte ebenfalls einstimmig.
Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde besprochen, wie sich der Distrikt in den Bundestagswahlkampf einbringen wird: Es gab einige kreative Ideen, wie Bürger*innen trotz pandemiebedingter Einschränkungen erreicht werden können.
Lisa Rettelbach berichtete, dass im Ortsbeirat Steudach-Häusling-Kosbach die Ausdünnung der Fahrten der Linie 287 zu großem Unmut geführt hätten, da das als Alternative angedachte Ruftaxi nicht funktioniere. Bisher sei noch keine Lösung gefunden.
Aus dem Stadtteilbeirat Alterlangen berichtete Katrin Hurle, dass Aktionen zum Klimaschutz ein wichtiges Thema der letzten öffentlichen Sitzung gewesen seien. Um Probleme der Nachverdichtung zu thematisieren, habe sich eine AG Wohnen im Stadtteilbeirat gegründet. Hierzu informierte Winfried Stein als Mitglied der AG.

AG 60plus

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossin, lieber Genosse
Wir laden Dich herzlich ein zu unserer Mitgliederversammlung
am

Mittwoch, den 8.September 2021 um 15 Uhr in die Thalermühle

ein.
Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelle persönliche Runde
3. Wahlkampf, was können und wollen wir noch tun?
4. Themensetzung für Oktober, November (Vorschlag: „gegen Rechts“) und Dezembersitzung
5. Wiedereinstieg Filmnachmittag im November? (passend zum Thema),
6. Verschiedenes

Wir als frisch gewählter Vorstand wollen die tolle, jahrelange Arbeit von Hartmut fortsetzen.
Bei einem Durchschnittsalter von 56 Jahren in unserer Partei sollten sich doch mehr als ein Dutzend Mitglieder im Kreisverband finden, die zur AG 60+ passen... Vielleicht hast du ja Lust beim Neustart mitzumachen. Freundschaft ist an sich durch nichts zu ersetzen und macht das Leben gleich viel bunter...
Ich grüße euch im Namen des Vorstands
Monika Fath-Kelling

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 21.07.2021 in der Thalermühle, Erlangen

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Rechenschaftsbericht
5. Entlastung des Vorstands
6. Neuwahl des Vorstands
7. Arbeitsplanung 2021
8. Verschiedenes

Top 1:
Hartmut begrüßt die Anwesenden, und als Gast Munib Agha, einen der beiden neuen Kreisvorsitzenden. Der Kreisvorstand besteht jetzt aus einer Doppelspitze, und zwar Sandra Radue und Munib Agha. Sandra und Munib treten die Nachfolge von Dieter Rosner an, der nach zwölf Jahren im Amt nicht wieder kandidiert hatte.

Top 2:
Aktuelles: Hem berichtet, dass für Annette Christian, die aus gesundheitlichen Gründen den Stadtrat verläßt und aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuß ausscheidet. Dunja Zaouali wird nachrücken, Tobias Körber lehnte als erstes Ersatzmitglied ab. Andreas Bammes wird voraussichtlich sozialpolitischer Sprecher der Fraktion werden. Wer Seniorenbeiratsvorsitzender wird, ist noch nicht bekannt, voraussichtlich wohl kein SPDler.
Hartmut: Wir werden nicht zum Empfang am 2. Oktober nach Jena fahren, der Termin mit dem Seniorenbeirat aus Jena und AG60+ wird auch gecancelt.
Munib: AG60+ hat das Recht, 1x im Jahr eine KMV zu gestalten.
Hem wünscht bei der Ehren-KMV einen Vortrag über Friedenspolitik. Es folgt eine Diskussion über die anstehende Bundestagswahl, und hier im besonderen, was gemacht werden kann, dass die SPD wieder volksnah in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Dazu überreicht Monika Argumenteblätter, die vom SPD Ortsverein Herzogenaurach zu verschiedenen Themenkomplexen aus dem aktuellen Wahlkampf zusammengestellt und von der SPD in der Groko durchgesetzt wurden. Durchaus beeindruckende Listen.
Als besonderes Beispiel einer öffentlich völlig unterschätzten politischen Glanzleistung der SPD erinnert Monika an die Einführung der Künstlersozialkasse, die es so nur in Deutschland gibt. Die KSV ist Teil der gesetzlichen Sozialversicherung in Deutschland. Sie ermöglicht freischaffenden Künstlern und Publizisten einen Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Im Gegensatz zu freiwillig versicherten Selbstständigen zahlen sie dort nur einen dem Arbeitnehmeranteil entsprechenden Beitrag.
Wir möchten in Zukunft vermehrt mit den Jusos und der ASF zusammenarbeiten und Themen einbringen.

TOP 3:
Wahl einer Versammlungsleitung, Munib wird gewählt und übernimmt.

TOP 4:
Den Rechenschaftsbericht legt Hartmut vor. Coronabedingt wurden wir aus „der Bahn“ geworfen. Aber zum Glück ist niemand von uns ernsthaft erkrankt oder noch Schlimmeres. Das letzte Treffen von AG60+ vor der großen Coronapause fand am 16.09.20 im August Bebel Haus statt. Danach war nichts mehr möglich, keine Filmnachmittage, keine Reise nach Jena, kein Besuch der Regensburger, kein Jahresrückblick im Dezember. Jetzt soll es einen Neustart mit Wiederbelebung der beliebten Filmnachmittage geben, Einladung aller „neuen 60-jährigen“,verbunden mit einer Grußkarte zu deren 60.Geburtstag, einen Begegnungstag mit den Jenensern am 3. Oktober (wobei wir uns in diesem Jahr an das Programm der Stadt Erlangen anhängen werden). Die Besuche von Pflegeheimen und Buchbesprechungen sollen auch wieder stattfinden.

TOP 5:
Entlastung des Vorstands, Inge stellt Antrag auf Entlastung des Vorstandes. Der Vorstand wird einstimmig entlastet.

TOP 6:
Neuwahl des Vorstands: Als 1. Vorsitzende stellt sich Monika Fath-Kelling zur Wahl und wird 1-stimmig gewählt.
Wahl der Stellvertreter für den Vorsitz. Es stellen sich zur Verfügung: Christa Matern und Hem Aichele. Christa und Hem werden 1-stimmig gewählt.
Wahl der Schriftführung: Renate Schmidt stellt sich zur Verfügung und wird 1-stimmigt gewählt.
Die Gewählten nehmen die Wahl an.
Munib übergibt den Vorsitz der neuen Vorsitzenden Monika Fath-Kelling und

dankt Hartmut für die geleistete Arbeit.

TOP 7:
Arbeitsplanung 2021. Für neue Filmvorführungen wird Renate ein neues Heft des Landesmediendienstes Bayern besorgen. Für die Belegung des IGM-Saales muss Peter Röhmer gefragt werden.
Hartmut übergibt Monika Geburtstagskärtchen für alle Neu 60+ ler. Der Vorstand wird bei Martina wegen der Adressen nachfragen (Datenschutz beachten).
Vom städt. Seniorenbeirat wird ein Stammtisch organisiert, Hartmut wird ihn demnächst besuchen. Hem berichtet, dass es bereits einen Stammtisch gibt, der sich dienstags im Theatercafé trifft. Der Seniorenstammtisch sollte einen politischen Anspruch haben.
Hem ist gerne bereit, auf unseren künftigen Sitzungen ca. 10-minütige „Impulse“ zu geben, wir können dann darüber diskutieren und entscheiden, ob und wie wir damit weiterarbeiten.
Der Arbeitskreis „Gegen Rechts“ trifft sich heute Abend. Alle Termine stehen im Internet.
Monika gibt uns als „Hausaufgabe“ mit, Themen zu überlegen, die wir gerne behandeln möchten, evtl. in Zusammenarbeit mit den Distrikten oder Arbeitskreisen.
Herdith schlägt als Thema „Afrika/Entwicklungspolitik“ vor.
Hem schlägt Fragenkatalog vor, z.B. „Was verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit“, Vortrag zum Thema „Verschwörungstheorien“.
Es folgt noch eine kurze Diskussion zur Umbenennung von „belasteten“ Straßennamen in Erlangen. Das Thema bedarf weiterer Aufmerksamkeit.
Zum Abschluß macht Munib ein Foto für die Nachwelt von uns allen.
Nächster Termin Mitgliederversammlung: Mittwoch, 8. September 2021, 15:00 Uhr in der Thalermühle.
Monika schließt die Sitzung mit Dank an alle.
Protokollführerin: Renate Schmidt

Protokoll der Mittgliederversammlung am 23.06.2021 in der Thalermühle, Erlangen

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Wiederbelebung von 60plus nach der langen Corona Pause
3. Unser Programm für den Rest von 2021
4. Vorbereitung der JHV
5. Wahl Stellvertreter in KV und GKV
6. Treffen mit 60plus Jena am 3. Oktober

Top 1:
Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert zum ersten Treffen nach der langen Pause. Die Tagesordnung wird genehmigt.
Top 2: Wiederbelebung von 60plus nach der Corona Pause und Aktuelles:
Als erstes gibt es eine rege Diskussion, besonders über das tagesaktuelle Thema „Soll die Arena München für das Fußballspiel heute Deutschland gegen Ungarn in den Regenbogenfarben erstrahlen?“

TOP 3:
Unser Programm für den Rest von 2021 wird in der nächsten MGV festgelegt werden. Die Buchvorschläge, Emanuel Richter: Seniorendemokratie. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik; Robert Misic: Die falschen Freunde der einfachen Leute; Thomas Piketty: Kapital und Ideologie; wurden ausgiebig diskutiert. Renate verteilte dazu Kopie eines aktuellen Artikels aus dem Stern mit dem Thema „Jung gegen Alt“.

TOP 4:
Die Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes soll stattfinden am Mittwoch, 21.07.2021, 15:00 in der Thalermühle.

TOP 5:
Wahl Stellvertreter in KV und GKV
Vorschläge: Monika Fath-Kelling und Hem Aichele für 60+ für den KV,
Monika Fath-Kelling und Christa Matern für 60+ für den GKV.
Beschluß: Die beiden Genannten werden für den KV und GKV festgelegt.

TOP 6:
Hartmut berichtet aus dem Seniorenbeirat. Ein geplantes Seminar des Seniorenbeirates soll jetzt im Mai 2022 stattfinden. Zum „Tag der Deutschen Einheit“, 3. Oktober 2021, kommen der Seniorenbeirat aus Jena und AG60+

Jena (vom 2.-3.10.21). Am 2. Oktober findet ein Zwischentreffen im Palais Stutterheim statt.
Nächster Termin: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes am Mittwoch, 21.07.2021, 15:00 in der Thalermühle.
Protokollführerin: Renate Schmidt

AK gegen Rechts

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das nächste Treffen des AK gegen Rechts findet am

15.09.2021 um 19:30Uhr

unter dem bekannten link statt.

Grüße aus München,
Claudia Butt

AK Sözialökologische Transformation

Sophia Waldmann
David Kaufmann
Munib Agha
Einwahldaten:
https://meet.spd.tools/AKSozTrafo

Liebe Genossinnen* und Genossen*,

unsere drei Termine für den Herbst stehen fest! Interessierte sind immer herzlich eingeladen, auch ohne Parteimitgliedschaft oder nur für ein bestimmtes Thema.
Wir bleiben mit unseren Sitzungen erstmal online – falls sich daran etwas ändert, geben wir euch vorher über den E-Mailverteiler des Kreisverbands Bescheid.

Am Donnerstag, 02. September um 18:00 Uhr

vergleichen wir die Wahlprogramme der Parteien im Hinblick auf den sozial-ökologischen Umbau, um uns für Diskussionen im Wahlkampf-Endspurt zu wappnen.

Am Dienstag, 12. Oktober um 18:00 Uhr

diskutiert Floh Janik mit uns über die demokratische Umsetzung notwendiger sozial-ökologischer Maßnahmen. Wie gelingen unsere politischen Projekte schnell genug, im Dilemma zwischen repräsentativer und direkter Demokratie, verankerten Einzelinteressen und langen Planungsprozessen?

Am Donnerstag, 04. November um 18:00 Uhr

berichtet Daniel Hildermann aus seiner Forschung. Daniel promoviert zu Gewerkschaftsarbeit in der Flugbranche.

Solidarische Grüße,
Sophia, David und Munib

Jusos

Vorsitzende:
Felix Klingert
Sophia Waldmann
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

im September treffen wir uns als Jusos an folgenden Tagen (Themen sind noch nicht bekannt):
- 14.09.
- 28.09.

Aufgrund der pandemischen Lage finden die Sitzungen aller Voraussicht nach online statt. Weitere Informationen und einen möglichen Einwähl-Link geben wir natürlich über unseren Mailverteiler spwie über Slack bekannt. Kontaktiere uns, wenn du in den Verteiler oder bei Slack aufgenommen werden möchtest.
Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.

Euer Vorstand

Sommerfest beim Naturfreundehaus

Mehrere Monate haben wir uns aufgrund der Pandemie nur noch online treffen können. Mit dem SPD-Sommerfest auf dem Gelände der Naturfreunde gab es endlich die Möglichkeit sich im realen Leben zu treffen, um sich wieder zu sehen, sich auszutauschen und gemeinsam zu lachen. Auf dem Sommerfest ehrten wir auch unsere ehemaligen Stadtratsmitglieder Gisela Niclas, Ursel Lanig, Robert Thaler, Norbert Schulz, Birgit Hartwig, Dirk Goldenstein und Christine Bauer (Feli Traub-Eichhorn war leider verhindert und wird bei der nächsten Gelegenheit geehrt!), sowie unsere ehemalige Fraktionsgeschätsführerin Saskia Coerlin, die alle für die Fraktion wertvolle Arbeit leisteten. Für die musikalische Untermalung sorgte Martin Prokopek, der für uns auch mehrere Arbeiter:innenlieder einstudiert hatte.